

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark ...

Der „Vorwärts“ mit der Arbeiterpartei ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 7. Juli 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Konvergenz ...

Anzeigen für die n. d. h. Nummer ...

Macdonalds Wiederauftreten.

Scharfe Kritik der Oberhausreform, Rückzug Baldwin, das Mißtrauensvotum abgelehnt.

London, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Mißtrauensvotum ...

Rückkehr Ramsay Macdonalds,

welcher das Mißtrauensvotum der Arbeiterpartei einbrachte ...

dauernd von Beifallsfundgebungen

seitens der Arbeiterpartei unterbrochen. Macdonald ironisierte ...

Ministerpräsident Baldwin,

dessen Erklärungen mit größter Spannung erwartet worden waren ...

Eingeständnis des Rückzugs

der Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Die Regierung ...

Oberhausreform. Es kann jedoch nach der Erklärung Baldwin als sicher gelten ...

Mehrere Abgeordnete der Arbeiterpartei und der Staatsrechtler ...

London, 6. Juli. (W.T.B.) Das Unterhaus hat den Mißtrauensantrag ...

London, 6. Juli. (W.T.B.) Lloyd George erklärte im Unterhaus ...

Annäherung Lloyd Georges und Greys.

London, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gemeinsame Gegnerschaft ...

Der Beschluß der Mandatskommission.

Ernstes Widerstände gegen einen deutschen Sitz.

Genf, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In dem Beschluß über die Wahl ...

Mit diesem aufsehenerregenden Beschluß der Mandatskommission tritt ...

negative Votum des französischen, des belgischen und des britischen ...

Das Bedauerliche und das Bedenkliche zugleich an dieser Wendung ...

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, wurde am Mittwoch ...

Die Demokratie in Gefahr!

Die Oberhausreform — eine Schicksalsfrage für Europa.

E. W. London, Anfang Juli.

Die Regierung Baldwin hat von jeher, auch in ihren harmlosen ersten Jahren ...

In letzter Zeit hat nunmehr die Regierung als ganze diese Methode ...

Bei der Verkündung der Oberhausreform begann es allerdings zu blitzen ...

Es wäre einfach, das verstärkte Ausschlagen des Pendels gegen die Regierung ...

In einer Fraktion willfähriger Eunuchen nicht so weit geschwächt, daß ein Staatsstreich, wie die Oberhausreform ungefragt, wie etwas Selbstverständliches hingenommen würde. Hier liegt die ungeheure, in ihrer grundsätzlichen Bedeutung bisher kaum richtig erkannte Bedeutung des Kampfes, der um die Oberhausreform gegenwärtig entbrannt ist. Siegt die Regierung und gelingt es ihr, im Sinne und Geiste ihrer durch Lord Cave im Unterhaus verkündeten Absichten, das Oberhaus als ein Bollwerk gegen die Souveränität des Unterhauses und damit des Volkes aufzurichten, so bedeutet dies, daß die Demokratie im Augenblick auch in England dem Geiste des Faschismus unterlegen ist — mag dieser auch, der angelsächsischen Geistesverfassung angepaßt, sich hier weniger theatralisch gebärden und in pseudodemokratischem Gewande einerschreiten. Siegt der ursprüngliche Gedanke der verfassungsmäßigen Entrechtung des Unterhauses (und er ist bisher von der Regierung nicht widerrufen worden) so bedeutet das, daß die demokratisch gewählten, wenn auch konservativen Vertreter des Bürgerturns die Verteidigung ihrer Klassenrechte und Interessen für wichtiger halten als ihre eigene Machtgrundlage und Würde. Die Folgen wären unübersehbar: eine solche Verriegelung jeder fortschrittlichen und sozialen Entwicklung müßte die auch auf der andern Seite, wenn auch heute nur in schwachen Anfängen vorhandenen antidemokratischen Tendenzen über Nacht zur Reife bringen und — in allem Ernste sei es gesagt — England zum ersten Male seit Jahrhunderten an den Rand einer revolutionären Situation führen.

Entwickelt sich jedoch der Widerstand gegen die Staatsstreichpläne im konservativen Lager zu solcher Stärke, daß die Regierung ihre Reformpläne und damit den hinterlistigsten Anschlag, der in England seit dem Andruch des bürgerlichen Zeitalters gegen die Demokratie erdacht worden ist, liquidieren oder wenigstens ihres Staatsstreichcharakters berauben muß, so ist damit nicht etwa nur das demokratische Prinzip gerettet, sondern England vor einer Krise bewahrt, die unübersehbar zu werden verspricht. Die Oberhausreform, die so harmlos, mit der Gehe der Beiläufigkeit und Zufälligkeit angekündigt wurde, ist damit zu einer ganz großen Entscheidungsschlacht um das gegenwärtige Schicksal der Demokratie in ganz Europa geworden. Sie geht deshalb, nicht nur in England, sondern auch in Europa ein jedes den an. Noch ist das Schicksal des geplanten Staatsstreiches in der Schwebe. Aber die Vethargie ist zerbrochen und die Ration zur Erkenntnis erwacht, daß England nicht vor eine parlamentarische Entscheidung, sondern vor eine Schicksalsfrage erster Größe gestellt ist.

## Bayern und die Reichsfinanzpolitik.

### Um das Steuervereinfachungsgesetz.

In diesen Tagen werden in Berlin Besprechungen zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heldt, dem Finanzminister Dr. Schmeßle, dem Innenminister Stügl und der Reichsregierung über die schwebenden finanzpolitischen Fragen stattfinden. Es handelt sich dabei vor allem um das geplante Steuervereinfachungsgesetz, von dem Herr Dr. Schmeßle in seiner Etatsrede im bayerischen Landtag gesagt hat, er hoffe und wünsche inständig, daß dieser Gesetzesentwurf niemals die Billigung des Reichskabinetts finden möge.

Bei dem geplanten Gesetzesentwurf handelt es sich um den Versuch, die Realsteuern der Länder und Gemeinden einheitlich für das ganze Reich zu regeln, daselbe für die Hauszinssteuer zu tun und eine wesentliche Vereinfachung der Finanzverwaltung in Reich und Ländern und Gemeinden herbeizuführen. Seit vielen Wochen berät das Reichskabinetts darüber. Infolge der Widerstände Bayerns und des bayerischen Vertreters in der Reichsregierung hat sich aber bisher keine Einigung erzielen lassen, so daß

die ursprüngliche Absicht, den Entwurf noch vor den Sommerferien des Reichstags zu verabschieden, fallen gelassen werden mußte.

Die Stellung Bayerns in dieser schwierigen Frage ist um so auffallender, als gerade die parlamentarischen Vertreter Bayerns die Vorlage gewünscht haben. Jetzt ist es die Bayernregierung, die dauernd Protest erhebt und die Verabschiedung des Gesetzes im Kabinetts bisher mit Erfolg verhindert. Auch vom sozialistischen Standpunkt sind gegen die Regierungsabsichten schwere Bedenken zu erheben.

## Mißtrauensantrag gegen Regierung Held.

### Vom sächsischen Landtag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Dresden, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags standen ein kommunistischer und ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen die Regierung Held zur Beratung. Der sozialdemokratische Antrag wurde von dem Genossen Krndt begründet, der recht gründlich mit den Parteien abrechnete, die Schuld an dem Zustandekommen der Bürgerblockregierung tragen, besonders mit der MSPD. Der Nationalsozialist v. Würke erklärte, daß er und kein Freund für das Mißtrauensvotum stimmen würde, weil die Regierung Held der nationalsozialistischen Idee nicht genügend Spielraum gelassen habe.

Bei der Abstimmung wurden 47 Stimmen für das Mißtrauensvotum und 47 Stimmen gegen den Mißtrauensantrag abgegeben. Für den Mißtrauensantrag stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und die zwei dem Landtag angehörenden Nationalsozialisten. Dagegen stimmten die Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien und die vier Abgeordneten der MSPD. Zwei demokratische Abgeordnete hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen. Da nach der sächsischen Verfassung zu dem Zustandekommen eines Mißtrauensvotums mindestens mehr als die Hälfte aller Abgeordneten, also mindestens 49 Stimmen notwendig sind, gilt der Mißtrauensantrag als abgelehnt.

## Neue Bürgerblockschlappen.

### Zentrum gegen Bürgerblock im Haushaltsauschuß.

Täglich aufs neue zeigen sich im Bürgerblock Risse und Unstimmigkeiten. Nicht nur in den großen entscheidenden Fragen, sondern auch in unbedeutenden Klassen die Meinungen der Regierungsparteien auseinander. In der Mittwochsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt holte die Bürgerblockregierung sich gleich zwei Niederlagen von ihrer eigenen Befolgenschaft.

Das Auswärtige Amt hatte mit einer Vorlage vom Haushaltsauschuß die Genehmigung erbeten, das Konsulatsgrundstück in Alexandrien zu verkaufen und aus dem Verkaufserlös zwei Grundstücke, eins in Kairo, eins in Alexandrien zu erwerben. Der Referent für den Haushalt des Auswärtigen Amtes, Abg. Dr. Hoersch (Dnt.), setzte sich mit den Regierungsvertretern für die Vorlage ein und wurde dabei vom Abgeordneten Dr. Cremer (D. Sp.) unterstützt. Die Genossen Stüdten und Helmann sprachen scharf gegen die Vorlage und ihre Gründe fanden die Zustimmung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. In der Abstimmung wurde die Vorlage mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nicht besser erging es dem Reichsverkehrsminister, der die Ermächtigung zur sofortigen Einstellung von zunächst 150 Polizeianwärtern für den Reichswasserschutz erbeten und zur Verteidigung seiner Vorlage sich selber in den Ausschuß bemüht hatte. Die Vorlage wurde außer vom Minister und seinen Räten nur von den Deutschnationalen verteidigt. Zentrum und Sozialdemokratie erklärten sich gegen sie und auch hier wurde mit großer Mehrheit die Ablehnung beschlossen.

Zum Schluß nahm der Haushaltsauschuß bezüglich der Einstellung von Wartestandsbeamten eine Entschlieung an, worin die Reichsregierung ersucht wird, die Besetzung zweier besetzbarer Stellen mit Wartestandsbeamten schärfer als bisher durchzu-

führen und eine Nachweisung über die Zahl der in der Zeit vom 1. April 1927 bis zum 30. September 1927 freigewordenen und der davon mit Wartestandsbeamten besetzten Stellen dem Haushaltsauschuß vorzulegen.

## Abrüstungsforderungen Brouckères.

### Kurze Dienstzeit, keine Ausgaben, Kontrolle. — Der Kriegsminister wiederholt seine Reichswehrgeschichten.

Brüssel, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat wurde am Mittwoch die Debatte über den Heeresetat fortgesetzt. Genosse Brouckère hielt dabei eine großzügige Rede zugunsten der Abrüstung. Er wies auf die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles hin, wonach die Entwaffnung Deutschlands eine Vorbedingung der allgemeinen Abrüstung sein soll. Deutschland fordere jetzt mit Recht die Einhaltung des Versprechens der Abrüstung, die eine moralische Verpflichtung der Siegerstaaten sei. Als eine wesentliche Form der Abrüstung bezeichnete de Brouckère die Verkürzung der Dienstzeit, die zweite Form sei die Herabsetzung der Militärausgaben und die dritte die öffentliche Kontrolle der Rüstungen. Belgien brauche die sechsmonatige Dienstzeit; deswegen habe es keinen Zweck, erst mit einer Dienstzeit von acht oder neun Monaten zu experimentieren.

Kriegsminister Broqueville erklärte dann auf die Frage, die ein sozialistischer Senator am Dienstag wegen der vorzeitigen Erneuerung der deutschen Reichswehr gestellt hatte, er könne keine Informationsquelle nicht bekannt geben, aber sie sei absolut zuverlässig. Er besitze über die Rüstungen Deutschlands Angaben, die für die Zukunft beunruhigend seien. Er könne die Zahl der Mannschaften, die die Reichswehr alle sechs Monate entlasse — es handle sich nämlich um Intellektuelle — angeben und ebenso die Zahl derjenigen, die nur drei, fünf und acht Jahre unter den Waffen gehalten werden. Die Zahl der deutschen Divisionen sei ihm ebenfalls bekannt. Daraufhin wurde der Heeresetat vom Senat angenommen.

## Chamberlain gegen Erörterung der Räumungsfrage.

London, 6. Juli. (W.B.) Im Unterhause fragte Harris, ob Chamberlain jetzt in der Lage sei, ein Datum für die Beendigung der Besetzung deutschen Gebietes durch die alliierten Truppen anzugeben, und ob diese Angelegenheit in Genf erörtert worden sei oder erörtert werde.

Chamberlain erwiderte: „Die Frage der Festlegung eines Termins für die Beendigung der Besetzung des Rheinlandes durch die alliierten Truppen wurde in Genf nicht erörtert. Die Bestimmungen, nach denen das Rheinland geräumt werden soll, sind in den Artikeln 428 bis 431 des Vertrages von Versailles niedergelegt.“

Harris fragte weiter, ob Chamberlain nicht glaube, daß ein neunjähriger Zeitraum nach dem Waffenstillstand ausreichte, um die militärische Befähigung der Europa daran hindert, zu fühlen, daß die Friedensatmosphäre sich Bahn gemacht hat, zu beenden, und ob Chamberlain nicht glaube, daß diese Frage erörtert werden müßte.

Chamberlain erwiderte: „Nein, ich glaube nicht, daß irgendeinem nützlichen Zweck gedient wäre, wenn sie gegenwärtig in Genf erörtert würde. Sie wurde von niemand sonst ausgearbeitet, und ich nehme an, daß andere derselben Meinung waren.“

Harris stellte weiter die Frage, ob die Befestigungen in Ostpreußen zur Zufriedenheit der Militärkontrollkommission zerstört worden seien.

Chamberlain entgegnete, daß die Befestigung der in Frage kommenden deutschen Ostbefestigungen noch nicht abgeschlossen sei. Er sei daher nicht in der Lage, irgendeine Mitteilung über die Zerstörung dieser Werke zu machen.

Abchiedsfeier für Hildenbrand. Der Reichsrat veranstaltete am Mittwochabend eine Abchiedsfeier zu Ehren seines auscheidenden Mitglieds des Bundes, Genossen Hildenbrand, der ursprünglich den Freistaat Württemberg und zuletzt die beiden Lippe vertreten hat. Die stimmungsfördernden Bevölkerungsglieder der Länder waren vollzählig vertreten. Von der Reichsregierung war der Finanzminister Dr. Köhler erschienen.

## Die Diphtherie in Berlin.

### Kein Grund zur Beunruhigung — aber ernste Beachtung!

Von Stadtdrzt Dr. Alfred Korach.

Die Diphtherie ist im Laufe dieses Jahres in Berlin erheblich häufiger aufgetreten als in früheren Jahren; durchschnittlich doppelt so oft wie im Vorjahr. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß das Jahr 1926 den bisher tiefsten Stand der Diphtheriefälle aufwies und daß die Zahl der Diphtheriefälle im letzten Jahrzehnt — etwa vom Jahre 1916 ab — gegenüber früheren Jahren in Deutschland dauernd stark gesunken ist. Mit um so aufmerksamerem Auge muß man das Wiederanstehen der Diphtherieerkrankungen betrachten, die sich freilich jetzt im Hochsommer, wie stets, etwas senkt, dafür aber erfahrungsgemäß vom September ab ein weiteres Aufwärtsgehen erwarten läßt.

Unter den in diesem Jahre auftretenden Diphtheriefällen findet man verhältnismäßig häufig schwere Erkrankungen, nicht selten ganz stürmisch verlaufende, gleich zu Beginn der Krankheit sehr hoffnungslos erscheinende und dann auch tödlich endende Leiden. Eine Reihe von Ärzten führt viele dieser schweren Erkrankungen auf sogenannte „Mischinfektionen“ zurück, die dadurch entstehen, daß nicht nur Diphtheriebazillen, sondern auch gleichzeitig andere giftige Bakterien den Körper befallen.

Es handelt sich in Berlin um eine Diphtherie, die sowohl in Hinsicht auf die Krankheitsausprägung wie auch in bezug auf den schweren Charakter mancher Erkrankungen zu denken gibt. Von einer Diphtherieepidemie kann jedoch keine Rede sein und wir sind glücklicherweise immer noch weit von jenen Krankheits- und Todesursachen fern, welche die Diphtherie vor Einführung der Beringischen Diphtherieheißerimpfungen — also in der Zeit vor 30 und mehr Jahren — verursachte.

Das Ansteigen der Zahl der Diphtherieerkrankungen und das Auftreten der verhältnismäßig vielen schweren Fälle in London, in New York und in anderen amerikanischen Großstädten während der letzten Jahre — trotz eifriger Anwendung der Serumimpfung! — erheischt auch hier ernste Beachtung, um so mehr noch, als in diesem Jahre nicht nur in Berlin, sondern auch in Paris die Diphtherie wieder häufiger und schwerer aufgetreten ist. Der Stand der Berliner Diphtherie — die leider auch unter „normalen“ Verhältnissen alljährlich zahlreiche Menschen, Kinder und auch Erwachsene dahintrifft — bietet jedoch keinen Grund zu einer besonderen Beunruhigung. Es gilt aber, dem Diphtherieproblem jedenfalls erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit in Berlin aufgetretenen zahlreichen Diphtheriefälle und mit dem Ziele, die Zahl der Erkrankungen durch Aufklärung der Bevölkerung über die Entstehung und die Art der Erkrankung nach Möglichkeit herabzumindern, hat daher auch der Berliner Magistrat vor kurzem angeordnet,

daß in Bälde ein besonderes Merkblatt an diejenigen Eltern verteilt werden soll, deren Kinder eine Schulkasse besuchen, in der ein oder mehrere Diphtheriefälle sich bereits ereignet haben.

## Gottes Wort im Propellerbrausen.

Behaupte noch einer, daß der Protestantismus stagniere. Ganz und gar nicht — er amerikanisiert sich. Seine Verkünder haben das Zeitalter der Lindbergh, Chamberlain, Dr. Peiser und Schmeßling begriffen. Rekord ist alles! Der Pfarrer entsteigt dem Talar und zieht die karierten Breeches des Selbstertüchtigen an. Er bricht Trauungsretorde im Flugzug, 500 Meter über Normalnull, die Spitze der Gedächtniskirche (auch Taufhaus des Westens genannt) umkreisend, statt des Organisten erkundiert von einer Chorale krächzenden Grammophonplatte, legnet er junge Paare ein und schließt Ehe.

Wie schnell ändern sich die Menschen! Im Kriege erzählte man von einem Divisionspfarrer, der im Kasino von ein paar junge Weibsbauten angezogen und ausgefordert wurde, einmal den vordersten Schützengraben zu besuchen. „Nieber nicht“, winkte der fromme Mann ab, „da vorne steht man zu sehr in Gottes Hand!“

Dieser Typ ist gänzlich veraltet. Die nächste Pfarrergeneration wird grundsätzlich nur noch auf Rodelbahnen, in Flugzeugen, während eines leisen Loopings, oder beim Langtreddenlauf kirchliche Handlungen verrichten. Wer wird beispielsweise noch einem Sterbenden in vulgäre herkömmlicher Weise am Bett die letzte Delung erteilen? Wir leben folgendes Programm voraus: Man schafft den Sterbenden mittels Drahtseilbahn auf die Zugspitze, wo ein schnittiger Bobbleigh bereit steht. Der Sterbende wird auf den Rennschlitten begeben. Der Pfarrer setzt sich hinter ihn, zwei bekannte Sportleute übernehmen Steuerung und Bremse und mit dem Augenblick, in dem das Gefährt zu Tale läuft, legt die kirchliche Handlung ein. Dieweilten harren unten in Garnisch Laufende und aber Laufende mit fiebernder Spannung, ob der Pfarrer seine Geschäfte beendet haben wird, noch ehe der Schlitten das Zielband passiert. Der Sterbende schläft glücklich in dem Bewußtsein, daß morgen seine letzte Talfahrt mit Schlagzeilen und Illustrationen die Presse füllen wird, seine Augen. Gleichzeitig erfährt die jubelnde Menge, daß soeben ein neuer Zugspitzenrekord aufgestellt wurde.

Die Reichsstatistik verkündet ein paar Ziffern, die der Kirche sichtlich unangenehm sind. Anberthalt Millionen haben in den letzten Jahren ihren Austritt erklärt. In Berlin hat die Zahl der Protestanten trotz einer Bevölkerungszunahme von mehreren Hunderttausenden um 30 000 abgenommen. Tut nichts! Der tüchtige Flugzeugpfarrer über der Gedächtniskirche hat den Weg erkundet, auf dem die Kirche die Herzen einer sportbegeisterten Menge zurückgewinnt. Athmosphärische Falschanten sprechen noch von Verinnerlichung der Religion, von neuem Geist, von sozialer Denkung des Christentums. Hoffnungslos! Schwärmer! Dies Zeitalter will kein Gefühl, es will Reforde! Naturvölker mochten Gottes Stimme im Sturmgewitter hören. Die heutige Generation hört sie im Propellerbrausen mit Grammophonbegleitung. Und so bleibt denn der einzige Weg: Sportliche Erziehung der Kirche!

Jonathan.

## Der preussische Innenminister über „Theaterrevuen“.

In seiner Sitzung vom 6. April beschloß der Landtag, das Staatsministerium zu ersuchen, in Erkenntnis der außerordentlich großen Gefährdung unseres kulturellen und sittlichen Lebens durch die „in feinerer Kunstinteresse begünstigte Aufführung der sogenannten Theaterrevuen mit sehr ausgiebigen Kadrdarstellungen die geeignet erscheinenden behördlichen Maßnahmen zu veranlassen“. Ferner wurde das Staatsministerium unter Hinweis auf die Tatsache, daß sehr einseitige Schlager, Couplets usw. durch Verbreitung von Grammophon-Schallplatten bis in die kleinsten Dörfer und damit bei der städtischen wie ländlichen Schulschule Eingang finden und so eine unberechenbare Vergiftung der Volkseele bewirken, ersucht, die Verbreitung solcher „Kunstzergebnisse“ mit allen geeignet erscheinenden Maßnahmen zu verhindern.

Nachdem der preussische Minister des Innern bereits in einem Rundschreiben aus dem Jahre 1923 über Mißstände im Theaterwesen darauf hingewiesen hat, daß auch nach Beseitigung der sog. Vorkensur die Polizei zum Einschreiten gemäß § 10 II ABG verpflichtet ist, sobald der Inhalt eines Theaterstücks oder die Art seiner Aufführung geeignet ist, die öffentliche Sittlichkeit zu gefährden, bringt der Minister den erwähnten Rundschreiben sämtlichen Polizeibehörden zur Beachtung erneut in Erinnerung.

Was die im Befehl des Landtags erwähnten Grammophonplatten anlangt, so weist der Minister, dem Ähnlichen Preussischen Pressedienst zufolge, darauf hin, daß nach der Rechtprechung des Reichsgerichts Lauberttragungen durch Grammophonplatten unter dem Begriff der Darstellungen im Sinne des § 184 Nr. 1 StGB fallen, wenn dessen sonstige Tatbestandsmerkmale vorliegen. Die Polizeibehörden werden daher ersucht, auch diesen Hebelständen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und gegen sie mit allem Nachdruck einzuschreiten.

Zur Musik im Rundfunk. Eine Gruppe englischer Sendestationen hat vor kurzem erneut Untersuchungen angestellt über die Frage, welche Musikinstrumente und Stimmen sich am besten für die Verbreitung durch den Rundfunk eignen. Unter den Musikinstrumenten wurde dabei die Glocke bzw. Gong als das beste bezeichnet; an zweiter Stelle kamen Saiteninstrumente, vor allem Cello und Mandoline. Unter den Stimmen sind Bass und Bariton am besten geeignet, während unter den Sopran- und Altstimmen es nur wenige gibt, die überhaupt im Rundfunk singen sollten. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß die Radiomiederlage einer Schallplatte mit Aufnahme einer amerikanischen Mandolinensekstelle als ganz besonders schön bezeichnet wurde.

Ein neuer Intendant in Wachen. Auf Vorschlag der Wachen Stadterhaltung haben die zuständigen holländischen Ausschüsse den Leiter des Wächter Stadtbüros einig Aart Ström zum Nachfolger des Intendanten Otto Wauwinkers gewählt.

Neuzug in Indien. Wie die „Times“ aus Burma (Britisch-Indien) erfahren, hat der gesetzgebende Rat von Burma beschlossen, die Einrichtung der Reichs (von Kulis im Laufschritt gezogenen, amtlichen Wagen für den Vernehmungsverkehr) abzuschaffen, da es der Reichsregierung widerstrebe, daß sich ein Reich von einem anderen, wie von einem Jugler ziehen lasse.

Stuttgart, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Wilhelm Bloss ist am Mittwoch nachmittags 5 Uhr im Krankenhaus Stuttgart an den Folgen eines Gehirnschlages, den er am Donnerstag vor Ostern erlitten hat, verstorben.

Mit Wilhelm Bloss ist einer der letzten dahingegangenen, deren Leben fast die ganze Geschichte der Sozialdemokratischen Partei umspannt.

Bloss war am 5. Oktober 1849 in dem badischen Städtchen Bertheim als Sohn eines Arztes geboren. Seine Volksschul- und Gymnasialzeit spielte sich in seiner engeren Heimat ab, dann bezog er die Universität Freiburg, um Philologie und Geschichte zu studieren. Süddeutscher, schwarzrotgoldener Demokrat sozusagen von Geburt und, wie viele seiner Landsleute von Hause aus literarisch begabt, fand er mühelos den Weg zur Journalistik. Er war, einundzwanzig Jahre alt, Redakteur am „Schwarzwälder Boten“ in Oberndorf am Neckar, als der Deutsch-Französische Krieg ausbrach. Da bekam der Herausgeber des Blattes nationalliberale Neigungen, denen der junge Redakteur keineswegs zu folgen vermochte.



Er hielt sich lieber an den Maschinenmeister des Blattes, Kiehl in g, der im Jahre 1870 auf dem Stuttgarter Kongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Delegierter gewesen war. Durch ihn wurde Bloss zum Sozialdemokraten. Später waren es wieder in Nürnberg zwei Arbeiter nicht unbekannt Namen, die den jungen Akademiker und Journalisten in seiner sozialdemokratischen Gesinnung befestigten: Gril- lenberger und Scherm.

Im Sommer 1872 übernahm Bloss die Redaktion des „Volkshorn“ in Braunschweig. Damit begann die überaus fruchtbare journalistische Tätigkeit, die er im Dienste der Partei Jahrzehnte hindurch entfaltete. 1877 kam er auch, als Gewährsmann von Bera, zum erstenmal in den Reichstag, dem er dann mit einigen Unterbrechungen bis zum Herbst 1918 angehörte. In Braunschweig hatte er in Bracke einen ausgezeichneten Kameraden gefunden, bald lernte er auch Bebel und Liebknecht kennen und knüpfte mit Marx und besonders mit Engels, mit dem er einen umfangreichen Briefwechsel führte, Beziehungen an. Als das Sozialistengesetz über die Partei hereinbrach, gehörte der Dreißigjährige schon in die vorderste Reihe ihrer Vertrauensmänner. Er blieb in Deutschland, wo ihn seine journalistische Geschicklichkeit der Partei mehr und mehr unentbehrlich machte, und die Herausgabe von Pressezeugnissen, die für die Häcker des Sozialistengesetzes unschaffbar blieben, wurde seine Spezialaufgabe. Daß auch seine Gewandtheit dieses Problem nicht ganz zu lösen vermochte, versteht sich von selbst und so wurde Bloss der Gegenstand zahlloser behördlicher Verfolgungen, die er mit Tapferkeit und gutem Humor ertrug. 1880 wurde er aus Hamburg ausgewiesen. Im Jahre 1884 wurde dann in Berlin aus Mitteln, die Paul Singer hergegeben hatte, das „Berliner Volksblatt“, der Vorläufer des „Vorwärts“, gegründet und seine Leitung Bloss anvertraut. Das Blatt florierte, in ständiger Gefahr, verboten zu werden, an der Grenze des gesetzlich Möglichen dahin. Hafencleber ließ Bloss seine tätige Hilfe, Ewald besorgte die Expedition der 2400 Exemplare betragenden Auflage. Als aber die Reichstagssession von 1884 zu Ende war, mußte Bloss aus der Redaktion ausscheiden, weil er sonst unfehlbar ausgewiesen worden wäre.

In Hamburg hatte er den Buchdrucker J. H. W. Dieckmann kennen gelernt, der gleichfalls ausgewiesen wurde. Dieckmann siedelte nach Stuttgart und gründete dort seinen berühmten gewordenen Verlag, für den Bloss in reichem Maße tätig war. Er wurde nicht nur Mitarbeiter des „Wahren Jacob“, sondern ließ auch eine „Geschichte der Französischen Revolution“ und eine „Geschichte der Deutschen Revolution“ vom Jahre 1848/49 erscheinen, die zu wichtigen Propagandadruckstücken der Partei wurden.

Enge Freundschaft verband ihn auch mit dem genialen ersten Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Bruno Schoenlank, zu dessen fleißigsten Mitarbeitern er gehörte. Von da aus machten seine Aufsätze die Kunde durch die deutsche Parteipresse. So gab es in ihr kein einziges Blatt, das ihm nicht vieles zu danken gehabt hätte.

Bloss hatte, als Journalist und Abgeordneter immer in den Seelen, die Grenze des bürgerlichen Alters erreicht, als ihn die Revolution von 1918 in Württemberg zu neuer, historisch bedeutsamer Tätigkeit berief. Es gelang ihm, die Bewegung auf den sicheren Boden der Demokratie zu führen, und Württemberg wurde das erste Land, das sich nach dem Umsturz eine freistaatliche Verfassung gab. Es wählte Wilhelm Bloss zu seinem ersten Staatspräsidenten. Als solcher hat Bloss im März 1920, während des Kapp-Putsch, die Reichsregierung und die Nationalversammlung unter seinem Schutz genommen; von Stuttgart aus wurde die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen eingeleitet.

Den Idealen seiner Jugend hat Bloss sein ganzes Leben hindurch gedient. Verfolgungen und Entbehrungen ver-

# Kundgebungen gegen die Zollvorlage.

## Massenversammlungen der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratie hatte zu gestern Abend ihre Anhänger aufgerufen, um zu protestieren gegen die Zollgesetzgebung, die von der Bürgerblockregierung in brutaler Richtung der einfachsten Lebensbedürfnisse des arbeitenden Volkes betriebe wird. Vier große Säle der Hauptstadt der deutschen Republik vereinigte Tausende von Anhängern der Partei und auch von Gegnern des Zollwuchers. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Masse der in den Großstädten schaffenden Volksteile allerhöchsten Protest erhebt gegen das Spiel, das mit ihren Lebensinteressen durch die gegenwärtig amtierende Reichsregierung getrieben wird. Ueberall fanden die Redner stürmische Zustimmung, überall sagte man ihnen, daß die Sozialdemokratische Partei recht hat, wenn sie mit aller Kraft und aller Energie ankämpft gegen diese neuen volksfeindlichen Maßnahmen der Bürgerblockregierung. Und überall kam das Bewußtsein zum Ausdruck, daß ohne Zweifel bei den nächsten Wahlen mit diesen Leuten auf das gründlichste abgerechnet werden würde.

Die Entschlieung, die in allen Versammlungen zur Annahme gelangte, hat folgenden Wortlaut:

„Die am 6. Juli 1927 von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Massenversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der bereits bestehenden überhöhen Zölle auf die unentbehrlichsten Lebensmittel. Sie erblickt in der einseitigen Vertretung großkapitalistischer Interessen eine Provokation der notleidenden Massen und fordert sofortigen Abbau der landwirtschaftlichen und industriellen Zölle, da diese eine schwere Gefährdung der gesamten deutschen Wirtschaft bedeuten. Sie verlangt, daß der Reichstag die neue Zollvorlage, deren Annahme Not und Hunger des arbeitenden Volkes noch steigern würde, zu Fall bringt.“

Ueber die einzelnen Versammlungen ist folgendes zu berichten:

### In Kleins Festsälen

referierte Genosse Georg Schmidt. Er führte aus: Die Deutschnationalen rechnen bei ihrer Zollpolitik mit der Tatsache, daß der deutsche Arbeiter noch viel zu wenig wirtschaftlich denkt. Das Schauspiel, das der Reichstag morgen oder übermorgen trotz des Protestes der Bevölkerung durch Annahme der Zollvorlagen erleben wird, ist nur möglich,

weil das deutsche Volk noch immer nicht seinen Stimmzettel richtig benutzte.

Durch den Willen der Arbeiterschaft muß es gelingen, die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag zu ändern. Solange das nicht gelingt, wird die Arbeiterschaft immer wieder die Lasten des Wirtschaftskampfes tragen müssen. Was der Arbeiter an Lohnerhöhungen erhält, wird durch die steigende Teuerung immer wieder aufgehoben. Wir erleben in Deutschland das Wechselspiel, daß bald die Industrie, bald die Landwirtschaft noch höheren Zöllen schreit. Die Landwirtschaft müßte hungern, so behaupten die Landbündler. Herr Schiele aber, der Ernährungsminister, der doch die besseren Statistiken hat, behauptet, daß der Viehbestand genau so groß sei, wie vor dem Kriege. Die Verbilligung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird nur durch die Vereinigung von Erzeugern und Verbrauchern möglich werden. In seinen weiteren Ausführungen betonte Genosse Schmidt, daß es immer wieder darauf ankomme,

### das deutsche Volk wachzurütteln

und ihm zu zeigen, welche Parteien für das schaffende Volk eintreten. Das Volk selbst hat es in der Hand, den Einfluß der bürgerlichen Interessengruppen zu vermindern. In der Diskussion sprach u. a. auch der linke Kommunist Urbanus, der mit seinen Ausführungen wahre Sachfolgen entzifferte.

### In den Germania-Sälen

sprach nach einleitenden Worten des Genossen Otto Frank Genosse Reichsminister a. D. Robert Schmidt. Er begann damit, daß es keine Ehre für die Republik sei, wenn heute der deutschnationale Einfluß in der Regierung so stark ist. Die nächsten Wahlen müssen eine Vintamajorität bringen. Wirth hat recht, wenn er

### der Rechten 30 Mandate abnehmen

will. Die Rückwirkung des monarchistischen Einschlags sieht man in der Außenpolitik. Aber wir brauchen zum Ausland gute Beziehungen! Im Innern ist die reaktionäre Strömung bei der Arbeiterblockregierung unvorstellbar. Ebenso ist es bei der Handhabung der Rüstungsfrage. Wie töricht handeln die Kleinbürger, wenn sie sich noch immer der Wirtschaftspartei nachlassen! Und wie sehr sie sich geäußert haben in den Versprechungen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, das sieht man in der Frage der Aufwertung, wo alle Versprechungen nicht gehalten wurden. In der Frage, die uns heute beschäftigt, der Zollfrage, liegt es so, daß man über die Vorkriegsverhältnisse hinausgehen will. Gewiß bildet die Zerrissenheit Europas eine Hauptschuld-

mochten ihn in seiner Treue nicht zu erschüttern, sie vermochten auch nicht die Lebensfreude zu zerstören, die zu den Grundzügen seines Wesens gehörte. Als Freund und Kamerad hat er sich in allen Situationen bewährt. So war er einer von jenen, ohne die sich die ruhmreiche Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht denken läßt. Ein ehrenvoller Platz in ihr ist ihm für alle Zeiten gesichert.

## Der Schattendorfer Mordprozeß.

### Die reaktionären „Frontkämpfer“ waren auch ungarische Irredentisten!

Wien, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Frontkämpferprozeß wurde am Mittwoch zunächst der sozialdemokratische Bürgermeister von Schattendorf vernommen. Er gab an, daß sich in der letzten Zeit eine lebhaft irredentistische Bewegung bemerkbar mache, die das Burgenland wieder von Oesterreich loslösen und zu Ungarn zurückführen will. Bis zur Gründung einer Ortsgruppe der „Frontkämpfer“ seien die Verhältnisse in der Gemeinde Schattendorf ganz ruhig gewesen, seitdem aber bei das Verhältnis zwischen den politischen Parteien sehr gespannt. Ueber den Republikanischen Schutzbund gab der Zeuge an, ihm sei nichts davon bekannt, daß seine Mitglieder jemals bewaffnet ausgerückt seien. Von den „Frontkämpfern“, die dann als weitere Zeugen vernommen wurden, behaupteten manche, daß die Schutzbündler geschossen hätten. Ihre Aussagen sind allerdings sehr widersprechend.

Der Reichstag nahm am Mittwoch einen Entwurf der Reichsregierung an, durch den die Geltungsdauer des Steuerumlagerungsgesetz zur Durchführung der Rationalisierung um ein Jahr, bis zum 30. September 1928, verlängert wird.

Unsere Nachbarstaaten umzäunen sich zum großen Teil mit hohen Schutzzöllen, aber es geht auf Kosten der Arbeitnehmerschaft.

Heute ist es so, daß in Deutschland die Interessen der Agrarier rücksichtslos vertreten werden sollen.

Warum hat uns Amerika überholt? Weil es höhere Löhne zahlt! Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat leider nicht gebracht, was man erhoffte. Aber Schuld der Bürgerblockregierung ist es, wenn wir heute mit den meisten Staaten nur Handelsverträge auf kurze Zeit haben. Auch gegenüber Polen hat man auf die Interessen der Agrarier übermäßig Rücksicht genommen. Schiele befreit, was Stresemann und Curtius sagen. Besonders scharf ist das Verhalten Bagerns zu verurteilen, das immer übermäßig fordert. Daß die Landwirtschaft schon seit dreißig Jahren ununterbrochen Not leidet, wissen wir alle. Gegen die Zollerhöhungen, die einzig dazu führen, die Preise der wichtigsten Lebensmittel weiter in die Höhe zu treiben, muß schärfer Protest erhoben werden. Die Sozialdemokratie wird in diesem Kampfe Führer sein!

### In den Comenius-Sälen

sprach Genossin Mathilde Warm über die geplanten neuen Zuchergölle des Bürgerblocks. Unter starker Zustimmung der Versammelten bezeichnete die Rednerin die neuen Zollpläne als

### eine unverantwortliche Belastung des deutschen Volkes,

dessen wirtschaftliche Situation keine derartige sei, daß es sich den Luxus eines Riejengeschenks an Schwerindustrie und Großagrarier leisten könne. Kurz nachdem die Regierung von der Wirtschaftskonferenz in Genf, auf der der Zollabbau beschlossen wurde, gekommen ist, werden neue Zollerhöhungen ins Werk gesetzt. Es ist selbstverständlich, daß dies infolge dieses Vorgehens überall im Auslande als unfreundlicher Akt empfunden werden wird. Als man im Jahre 1925 die ersten Zölle unter Dach brachte, hat man sie als Kampfzölle zum Abschluß von Handelsverträgen bezeichnet. Das Zentrum, das bekanntlich damals die Zölle nur für zwei Jahre aufrechterhalten wollte, hat sein Wort nicht gehalten. Es stimmt den erneuten maßlosen Forderungen der Großagrarier zu, um von den Koalitionsgenossen

### KonzeSSIONen in der Richtung einer reaktionären Kulturpolitik

zu bekommen. Genossin Warm behandelte die gefährlichen Folgen der Zölle für die arbeitenden Massen im Ausland und nannte sie einen Betrug am Konsumenten. Besonders empörend ist der Kartoffelzoll, der natürlich die arbeitende Bevölkerung am aller schwersten belastet. Herr Schiele hat Mittwoch vormittag im Ausschuss behauptet, daß der Kartoffelzoll nicht von Konsumenten getragen werde. Das ist beinahe als schlechter Witz zu betrachten. Es ist so weit gekommen, daß man nie von den Interessen der Konsumenten, aber immer wieder von denen der Produzenten spricht. Für die Arbeiterparteien besteht leider keine Möglichkeit, die Durchpeisung der Zollwucherpläne zu verhindern. Das deutsche Volk hat jedoch im nächsten Jahr Gelegenheit, mit dem volksfeindlichen Verhalten der Bürgerblockparteien bei den Reichstagswahlen Abrechnung zu halten. Wie unerhörte einschneidend die Zollbelastung für den Arbeiterhaushalt ist, beweist die Tatsache, daß allein der Zoll auf Mehl, Kartoffeln und Fleisch eine Mehrbelastung von 44 Mark für die Familie ausmacht. Die Rednerin fand stürmischen Beifall.

### Im Moabiter Gesellschaftshaus

sprach Genossin Toni Sender. Sie erinnerte an die Genfer Weltwirtschaftskonferenz, auf der man sich mit der günstigen wirtschaftlichen Lage Amerikas bei gleichzeitiger tödlicher Verarmung Europas beschäftigt hatte. Die von den einzelnen Staaten errichteten Zollmauern wurden auf der Konferenz — auch von Deutschland — als Ursache dieses Zustandes bezeichnet. Doch beweist die Gegenwart, daß die deutsche Regierung im Widerspruch zu dieser Erkenntnis eine Politik treibt, die einen Aufbau der Zollmauern bedeutet und damit eine unabsehbare Preissteigerung gerade der Volksnahrungsmittel nach sich zieht. Die Folgen dieser Politik, für die vor allem die Deutschnationalen, die früher als die gefährlichsten Gegner der Erfüllungspolitik aufgetreten waren, die Verantwortung tragen, ist, daß durch die Zolleinnahmen eine glänzende Voraussetzung für eine Erfüllung des Dawes-Vertrages gegeben ist. Unwahr ist die Behauptung von der Stabilisierung der Preise.

### wahr ist nur, daß die Zollvorlage dem Schutze des Profits dient.

Mit einem ausgezeichneten sachlichen Material belegte Genossin Toni Sender ihre Ausführungen. In diesem Zusammenhang ist es überaus interessant, zu wissen, daß die Regierung in ihrer Vorlage selbst zugibt, daß den Konsumenten durch die Zölle keinerlei Vorteile geboten werden. Ungeheures Geld wird durch die krupellose Politik des Bürgerblocks herangezogen werden. Durch Einigkeit, Geschlossenheit und unermüdelichen Kampf die Feinde einer sozialen Republik und die Anhänger engstirniger Nationalwirtschaft niederzuringeln — das ist die große Aufgabe des Proletariats! Die kommenden Wahlen müssen darum zeigen, daß diese Erkenntnis der arbeitenden Bevölkerung ins Bewußtsein gedrungen ist. Mit begeistertem Beifall bewies die Versammlung ihre Zustimmung zu den Ausführungen und nahm die vorgelegte Entschlieung einstimmig an.

## Besuch bei Sacco und Vanzetti.

### Die Macht der öffentlichen Meinung.

Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ hat die zum Tode verurteilten Sacco und Vanzetti im Gefängnis besucht. Da die Vollstreckung der Todesstrafe aufgeschoben ist, sind sie augenblicklich in eine normale Zelle übergeführt. Die Gefängnisverwaltung soll sich den beiden Anarchisten gegenüber wohlwollend verhalten und bestrebt sein, ihren Aufenthalt im Gefängnis nach Möglichkeit zu erleichtern. Sie dürfen jetzt auch Besucher in einem Zimmer ohne Stütze empfangen, allerdings unter Aufsicht eines Beamten. Es wird ferner behauptet, daß Richter sich geäußert hätten, daß der lange Aufenthalt im Gefängnis in Erwartung des Todes den physischen Zustand der Angeklagten beeinträchtigt habe. Der Berichterstatter will hieron nichts bemerkt haben.

Diese Mitteilungen sind erfreulich. Noch vor wenigen Wochen mußte man mit der Möglichkeit rechnen, daß der Justizmoor an den beiden Italienern vollendet werde. Jetzt ist es die Aufgabe der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, die diesen Ausschub und damit auch die erwähnten Milderungen erwirkt hat, auch die völlige Freilassung der beiden zu Unrecht Angeklagten zu erzwingen.

Der Strafrechtsausschuh des Reichstags zur Beratung des neuen Strafgesetzbuches hielt am Mittwoch seine konstituierende Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr. Rahr (Dsp.), zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Dr. Bell (Ztr.) gewählt. Als Berichterstatter wurden die Abg. Frau Pfäff (Zsp.) und Dr. Schaeffer (Dnat.) bestellt. Mit der Beratung des Entwurfs des neuen Strafgesetzbuches wird der Ausschuh am 21. September beginnen.

Brieftaube oder Entle? Die „Action Francaise“ veröffentlichte am Montagmorgen einen weiteren Artikel Léon Daudets, den sie durch eine Brieftaube (?) erhalten haben will.

# Der ADB. zur Regierungspolitik.

## Protest gegen Verschleppung der Besoldungsreform.

Am Mittwoch befaßte sich der erweiterte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes mit der durch Ablehnung einer Besoldungserhöhung geschaffenen Lage. Uebereinstimmend mit den zahlreichen Zuschriften und Kundgebungen aus dem Lande wurde von allen Verbandsvertretern der starken Mißbilligung und Erregung der Beamenschaft Ausdruck gegeben. Die Beamten der unteren Besoldungsgruppen wissen nicht, wie sie bei den steigenden Preisen und ihrer großen Verschuldung sich und ihre Familien bis zum Herbst ernähren sollen. Besondere Empörung herrscht jedoch in der Beamenschaft darüber, daß zur selben Zeit, wo ihr jede Aufbesserung verweigert wird, aufs neue die Zölle für Kartoffeln und Schweine, zwei der wichtigsten Volksernährungsmittel, erhöht werden sollen. Der erweiterte Bundesvorstand schloß folgende Entschliebung:

„Der erweiterte Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die Regierungsmehrheit der Reichstagsparteien in Uebereinstimmung mit der Haltung der Regierung eine sofortige Besoldungsaufbesserung für die Beamten, selbst in der bescheidensten Form, abgelehnt hat. Er weiß sich mit den Mitgliedern des ADB. einzig in der Erklärung, daß die Frage einer vor dem 1. Oktober in Kraft tretenden Erhöhung hiermit nicht abgeschlossen sein kann. Bei der für den Herbst in Aussicht gestellten Besoldungsreform muß vielmehr die Rückwirkung der Erhöhung gemäß den Anträgen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes unbedingt gefordert werden, weil ohne eine solche die Beamenschaft der gering besoldeten Gruppen nicht aus ihrer Not befreit werden könne.“

„Ferner muß jetzt schon zum Ausdruck gebracht werden, daß eine Erhöhung von nur „wenig über 10 Prozent“, wie sie der Reichsfinanzminister angeündigt hat, keinesfalls als ausreichend für die Beamten in den unteren und mittleren Gruppen angesehen werden kann. Mit Trinkgeldern und Weihnachtsbeschenken in Höhe von ein paar Mark kann sich die Beamenschaft nicht wieder abspülen lassen.“

Am übrigen beweist das Vorgehen in Sachsen, daß sehr wohl die Möglichkeit zu einer sofortigen Hilfe besteht. Der ADB. ist nach wie vor der Auffassung, daß die notwendigen Mittel hierfür verfügbar sind. Der erweiterte Bundesvorstand verlangt daher, daß, unabhängig der endgültigen Besoldungsreform, nach dem Beispiel in Sachsen auch allen übrigen Beamten eine sofortige Hilfe gewährt wird. Für die Erregung in der Beamenschaft und für die Folgen, die aus einer Nichtberücksichtigung ihrer Forderung erwachsen, fällt die Verantwortung einzig und allein auf die maßgebenden Instanzen und die sie stützenden Parteien.“

## Der Konflikt im Berliner Gastwirtsgerwerbe.

### Die Arbeiterschaft kämpfentschlossen.

Der Schlichtungsausschuss hat die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband im Gastwirtsgerwerbe und dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten auf Donnerstag, den 14. Juli festgesetzt. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses wird von großer Tragweite für das Berliner Gastwirtsgerwerbe sein.

Im Fallmeldungen, wie sie in der Presse erschienen sind, entgegenzutreten, sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Forderungen der Arbeitnehmer dahin gehen, die Löhne der Köche, des weiblichen Küchenpersonals, des Büfett- und Aufsichtspersonals, Etagenpersonals, männlichen und weiblichen Hilfspersonals, sowie der Arbeitnehmer in den Wäschereien um 6 Mk. pro Woche zu erhöhen. Die Garantielöhne der Kellner, die im August 1925, und zwar seit Oktober 1925, für die große Mehrheit der Kellner 174 Mk. pro Monat betragen, sollen um 32 Mk. pro Monat erhöht werden.

Die Arbeitnehmerschaft im Gastwirtsgerwerbe kann sich den völlig ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber auf keinen Fall gefallen lassen. Die Verbandsleitung des Zentralverbandes hat deswegen beschlossen, die gesamte gewerkschaftliche Arbeitnehmerschaft Berlins, etwa 15.000, am 16. und 17. Juli über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses durch Urabstimmung in den Betrieben entscheiden zu lassen.

Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses am nächsten Donnerstag ist nicht nur für die Gastwirtsgehilfen von Bedeutung, sondern auch für die Berliner Bevölkerung. Nach der Stimmung der in den Gastwirtsbetrieben Beschäftigten ist damit zu rechnen, daß sie in der Urabstimmung den Streik beschließen werden, wenn der Schiedspruch ihren Forderungen nicht Rechnung tragen sollte. Die Erregung unter den Gastwirtsangestellten ist schon dadurch ziemlich gesteigert worden, daß die Unternehmer jedes Entgegenkommen vermissen ließen, obwohl sie seit fast zwei Jahren, in welcher Zeit die Lebenshaltungskosten nicht unerheblich gestiegen sind, keinen Pfennig Lohnzulage gewährt haben. Ein Fehlspruch des Schlichtungsausschusses müßte bei der ohnehin schon gespannten Situation wie ein Funken ins Pulverfaß wirken.

Wie schon angeführt, hat aber auch die Berliner Bevölkerung ein Interesse daran, daß nicht durch die Hochheingkeit der Unternehmerschaft ein so lebenswichtiges Gewerbe, wie es das Gastwirtsgerwerbe ist, stillgelegt wird. Es sind in Berlin Tausende von Arbeitern und Angestellten, die auf die Gastwirtsbetriebe angewiesen sind. Nicht zuletzt hat Berlin bei einem eventuellen Streik der Gastwirtsangestellten aber auch seinen Ruf als Fremdenstadt zu verlieren. Wenn nun die Unternehmer des Berliner Gastwirtsgerwerbes keine andere Rücksichten als die auf ihren eigenen Geldbeutel kennen, so ist doch zu erwarten, daß sich der Schlichtungsausschuss bei seiner Entscheidung über Krieg oder Frieden seiner Verantwortung gegenüber der Gesamtheit bewußt sein wird. Die Forderungen der Berliner Gastwirtsgehilfen sind keinesfalls überponnt und auch keine Konjunkturforderungen. Weil aber die Forderungen nur als Ausgleichforderung für die seit der letzten Lohnfestsetzung eingetretene Teuerung gestellt wurden, sind die Gastwirtsgehilfen auch entschlossen, sie gegebenenfalls durch den Kampf durchzusetzen.

## Verhandlungen im Kölner Konflikt.

Köln, 6. Juli. (WIB.) Die Regierung hat im Kölner Metallarbeiterkonflikt beide Parteien zu Einigungsverhandlungen vor dem Schlichter eingeladen. Arbeitgebrverband und Gewerkschaften haben ihre Teilnahme zugesagt.

## Die Verhandlungen bei der Straßbahn.

### Immer noch kein Ergebnis.

In der gestrigen Verhandlung über den Kanteltarif wurde der von den Organisationen eingereichte Tarifentwurf einer eingehenden Durchsicht unterzogen und verschiedene Punkte näher erläutert. Wegen Abwesenheit maßgebender Vertreter der Direktion der Straßbahn konnte jedoch ein endgültiges Ergebnis wieder nicht erzielt werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen die Verhandlungen weiter geführt werden.

## Die Arbeitszeit in der Textilindustrie.

### Schiedspruch für Westsachsen.

Dresden, 6. Juli. (Eigener Drohtbericht.) Für die westsächsische Textilindustrie ist in Dresden ein Schiedspruch gefallt worden, wonach die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Vom Arbeitgeber können pro Woche drei Ueberstunden angeordnet werden, die mit 25 Proz. Zuschlag zu entlohnen sind. Weitere Ueberstunden können nur im Einver-

ständnis mit der Betriebsverwaltung angeordnet und geleistet werden, und auch diese sind mit 25 Proz. Zuschlag zu entlohnen. Die Erklärungsfrist für den Schiedspruch läuft bis zum 8. Juli.

Dieser Schiedspruch gilt auch für die Textilbetriebe Mittweidas. Dort hatten nach dem Eintritt des tariflosen Zustandes ab 1. Juli die Funktionäre beschlossen, bis zur neuen tariflichen Regelung nur 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. Die Arbeiter haben in Uebereinstimmung mit diesem, auf das Arbeitszeitgesetz stützenden Beschluß in den letzten Tagen noch acht bzw. achteinhalb Stunden Arbeit in die Betriebe verfallen.

## Konflikt in der Lausitzer Tuchindustrie.

### Am den Achttundentag.

Für die Lausitzer Tuchindustrie war am 3. Juli vom Schlichter Biffel ein Schiedspruch zur Regelung der Arbeitszeit gefallt worden, dessen Verbindlichkeitsklärung von den Arbeitgebern beantragt, vom Reichsarbeitsministerium aber abgelehnt worden war. Daraufhin hat eine Funktionärkonferenz für Reibarbeit über 48 Stunden hinaus abzulehnen.

## Nahrungs- und Genussmittelarbeiter!

Die Mitglieder des Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Bundes werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute abend um 7 Uhr im Gewerkschaftshaus die Mitgliederversammlung Stellung nehmen wird zum Verbandstag und zugleich die Aufstellung der Kandidatentafel zur Delegiertenwahl für den Verbandstag erfolgt.

Die Kommunisten machen die größten Anstrengungen, um ihre verhandlungsbedingenden Tendenzen durchzusetzen. Dem gegenüber ist es die Pflicht aller Anhänger einer unabhängigen Gewerkschaftspolitik, auf dem Posten zu sein. Auch wer sonst behindert ist, muß mindestens soviel Zeit aufbringen, um seine Stimme abzugeben. Das Mitgliedebuch muß selbstverständlich mitgebracht werden.

**Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Heute 19½ Uhr sagen die Gruppen: Südkreuz: Jugendheim Friedrichstr. 11. Heimbesprechung. — Rappenburg: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 2. Heimbesprechung. — Brunnengasse: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 2. Heimbesprechung. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 2. Heimbesprechung. — Tempelhofer: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 2. Heimbesprechung. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 2. Heimbesprechung. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 2. Heimbesprechung. — Köpenick: Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 2. Heimbesprechung.

**Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.** Im Sitzungssaal, Prinzenstr. 33-35, Jugendvertreterkonferenz. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der Berufsausbildungsstellenmangel.“ Referent: Kollege Walter Wafsch. 2. Nachberichte. 3. Ausgabe der Mitteilungsblätter und Agitationsmaterial.

**Spanbau:** Jugendheim Lindenauer Str. 1. Tagesordnung wird in der Konferenz bekanntgegeben. **Angestellte der chemischen Industrie.** Heute 19½ Uhr große öffentliche Versammlung der Angestellten der chemischen Industrie im „Nordischen Hof“, Innere Str. 126, gegenüber dem Stettiner Bahnhof. Tagesordnung: 1. Die GdA. Kampfpolitik in der chemischen Industrie Berlins. Referent: Kollege Günther vom Dütah. 2. Diskussion und Beschließen. Alle Angestellten, deren Interessen durch den GdA.-Tarifvertrag fortwährend geschädigt werden, müssen an der Versammlung teilnehmen. Dütah. DDB. 3dB.

**Achtung, Zimmerer!** Heute 19 Uhr im Drebbener Kaffeehaus, Drebbener Str. 96, Betriebsräten- und Betriebsleiterversammlung. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Eisinger; Funktionäre: Dr. John Schilowski; Sozialer und sonstiger: Erik Kersch; Anzeigen: H. Bode; Schriftlich in Berlin: Verlag: Formwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin Gb 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenzimmer“.

# SAMUELSON AUSWÄRTIGER VERKAUF

AB 1. JULI

WIRK- UND STRICKWAREN		HERRENKLEIDUNG		DAMENKLEIDUNG	
Badeanzug schwarz Trikot, w.B. Kante Ermäßigter Preis	Hemd hose für Damen, echt Mako, feingerippt (Steig. 0.15) Gr. 4 Ermäßigter Preis	Überjackchen für Damen, reine Wolle, feingestrickt, weiß oder farbige Ermäßigter Preis	Sakko-Anzug statt bis 72.00	Jumperbluse aus weissem Vollwolle mit bulgarischer Stickerei statt bis 14.00	Seidenkleider einfarbig od. bedruckt statt bis 48.00
Größe 65-80 <b>0.95</b> Größe 85-95 <b>1.35</b>	<b>1.45</b>	<b>2.60</b>	<b>48.00</b>	<b>7.75</b>	<b>12.50</b>
Damen-Sportanzug „Goldfisch“ schwarz Trikot (Steigerung 0.20) Gr. 42 Ermäßigter Preis	Schlupfbeckkleid für Damen, gestreift kunstseidener Trikot Ermäßigter Preis	Herrenbeinkleider Knieform, farbige Ermäßigter Preis	Jünglings- Sakko-Anzug Größe 38-43 statt bis 56.00	Mäntel aus einfarbigen oder mellierten Stoffen statt bis 32.00	Hauskleider aus einfarbigem oder gestreiftem Zephir statt bis 2.90
<b>2.50</b>	<b>2.60</b>	<b>1.75</b>	<b>36.00</b>	<b>9.75</b>	<b>1.90</b>
FROTTIER- HAUS- UND TISCHWÄSCHE		HERREN-ARTIKEL		KLEIDER-, SEIDEN- UND WASHSTOFFE	
Badelaken weiß Jacquard mit farb. Kante 140x200 Ermäßigter Preis	Stubenhandtuch Reinleinen Jacquard od. Gerstenkorn, 48x100 Ermäßigter Preis	Tischtücher einzel, vollweiß, Jacqu- mercieriert, 130x160 cm Ermäßigter Preis	Krepella reine Wolle, aparte Druck- muster statt 1.95	Bastseide reine Seide, bedruckt in viel. Must., ca. 80 cm br. statt 2.90-5.40	Crépe Marocain einfarb. in reich. Farben- auswahl, ca. 95 cm breit statt 1.60
<b>5.95</b>	<b>1.25</b>	<b>3.45</b>	<b>0.95</b>	<b>2.45</b>	<b>0.65</b>
Bademantel f. Dam., gem. Frottiertoff Ermäßigter Preis	Küchenhandtuch Reinleinen w.B. Gerstenk. Ermäßigter Preis	Reinleinen Jacquard, Windermuster 160x160 Ermäßigter Preis	Seiden-Marocain mit Wolle, vorzügl. Qual. in Pastellfarb., 100 cm br. statt 8.50	Schotten u. Streifen Sarah K'seide, und Taft, reine Seide, ca. 85 cm br. statt 7.80-11.00	Vollvoile bedr. in mod. neuen Must. ca. 100 cm statt bis 2.90
<b>8.75</b>	<b>0.95</b>	<b>7.95</b>	<b>3.90</b>	<b>3.90</b>	<b>1.35</b>
TEPPICHE UND GARDINEN		HERRENWÄSCHE		KORSETTE	
Posten: Axminster, Velours, Tournay-Velours, Bettvorleger sowie Halbstores, Garnituren, Bettdecken in Tüll u. Etamine		Herrenhut Hartfilz Ermäßigter Preis	Oberhemd gestr. od. gemust. Perkal, m. Krag. u. Klappmansch. Ermäßigter Preis	Büstenhalter weiß oder rosa Trikot Ermäßigter Preis	Hemd hose mit Stickerei-Ansatz Ermäßigter Preis
		<b>5.50</b>	<b>2.75</b>	<b>0.65</b>	<b>1.65</b>
		Krawatten Selbstbinder reine Seide Ermäßigter Preis	Weiß Oberhemd Batistensatz u. Umleg- mansch., gew. u. geplätt. Ermäßigter Preis	Strumpfhaltergürtel mit 4 Halttern Ermäßigter Preis	Nachthemd mit Stickerei-Ansatz Ermäßigter Preis
		<b>0.75</b>	<b>4.25</b>	<b>0.95</b>	<b>2.45</b>

# MUSSTRASSE

BERLIN O2 · SPANDAUER STRASSE · KÖNIG-STRASSE · GEGRÜNDET 1815

# Im Kaltboot von Passau nach Wien.



Grau und schäumend rauscht die Donau dahin, als wir in der Frühe unser Kaltboot besteigen. Das Hochwasser ist in den letzten Tagen noch gestiegen, weit sind die Ufer überschwemmt, nur einige Baumtronken ragen aus dem Wasser. „Heut wird's zünftig“, meint mein Begleiter und verpackt, gefühlvoll den Walzer von der „schönen blauen Donau“ pfeifend, ein Wäschebündel in den Gummifack, während ich mit gemischten Empfindungen die schäumenden Wellenläufe betrachte. Ein paar Paddelschläge, und schon fliegt das leichte Boot in der Strömung dahin. Wellen und Wiebel, teils zart und hell klingend, teils dunkel und gedämpft tönend, schlagen leise an die Gummihautwände. Waldige Höhen, noch mit feinem Nebelgospinns überbedt, gewaltige Raubritterburgen, Bichtenstein und Krempelstein, grühen an den Ufern hernieder.

## Ueber die Grenze.

Da schäumt es plötzlich wild auf: die brausenden Wirbel des Jochensteins, des „Österreichischen Loreiselsens“ an dem wir vorsichtig vorüberfahren. Dann ein kurzer Aushalt an der österreichischen Grenze, wo freundliche österreichische Zollbeamte Nam' und Art der beiden Wasserögel feststellen und uns dann mit frohem Scherzwort und vielen guten Wünschen entlassen. Wo die Donau ihre erste gewaltige Schleife zieht, ragt Ruine Hohenbach düster aus dunklen Tannen. Wenige Kilometer weiter, und Ruine Neuhaus zeichnet sich am Himmel ab. Immer wilder und grandioser werden die Eindrücke, immer steiler und schroffer stürzen die Felsen gegen die Ufer ab. Am schäumenden Wschacher kniet vorbeifahrend, gedanken wir der Erzählung im Rabelungslied, wie Kriemhild in Eferding rostete auf ihrer unheilvollen Brautfahrt ins Land der Hunnen. Wie ein schmerzvoller Rückblick löst eine alte, längst verwehte Klage vom Kürnberg zu uns herüber, des Kürnbergers, des österreichischen Rittersängers Liebeslied vom Falken, den er gezogen und lieb gewonnen hatte, und der ihm auf immer entflo. Wir haben die Paddel vor uns hingeflegt und überlassen uns der Strömung und dem Abendwind, die uns langsam dahintreiben. In der Ferne tauchen schimmernde Lichter auf. Es ist Linz, die Hauptstadt Oberösterreichs, unsere erste Wanderrast. Wir landen gegenüber, im Urst, und bringen unser getreues Holzzeug und uns selber in dem alten Wasserwänderer bekannten Gasthaus Emstaler unter. Der erste Gang frühmorgens führt uns auf den Pöfllingberg mit seiner Wallfahrtskirche, von der man einen herrlichen Blick über Donau und Alpen genießt. Einige Schritte nach rechts, und wir finden uns zu unserer Ueberraschung im Land der Sagen und Märchen wieder. Eine Reihe wunderhübscher Dioramen ist aufgestellt, Hängel

Crete, Dornroschen, Rubezahl und endlich ein köstliches Bildchen vom Schlaraffenland, das von jung und alt umdrängt ist. Es berührt nicht als Gegenlag, daß sich dieser Ausdruck schlichten Volkstums neben einer katholischen Wallfahrtskirche findet. Denn überall spürt man in Oesterreich den mitunter sehr starken Zusammenhang zwischen Volkstum und religiöser Ueberzeugung, sei es bei der Durchfahrt einer Brücke, von der ein feines Bild der Jungfrau oder ein Kreuzbild herniederblickt, sei es in den bäuerlichen Herbergen, in denen das Gesinde den uralten, seltsam klingenden Abendsegen betet. Noch eine kurze Wanderung durch Linz mit seinen altertümlichen Winkeln und Gassen, ein rascher Besuch der Marienkirche, deren 128 Meter hoher Turm die Stadt weithin überragt, dann geht es im Rausschritt zum Landungsplatz, um die Weiterfahrt vorzubereiten. Das Hochwasser ist stark zurückgegangen, und heute herrscht auch schon wieder ein lebhafter Verkehr auf dem Strom. Eine ganze Anzahl von Frachtschiffen und Personendampfern begegnen uns, deren Passagiere uns mit lebhaftem Lächelschwenken und Juruf begrühen. Mitunter allerdings übergliebt eine besonders hohe Welle nicht nur die Spritzwasserdecke des Boats, sondern auch uns selbst, vor allem meinen vorn sitzenden Begleiter, der diese nasse Begrüßung mit „Waleis“ und „Himmbergoitkreuzfakra...“ abschüttelt. Die warme Sonne trocknet uns rasch, und bald hat uns die herrliche Landschaft wieder ganz in ihren Bann gezogen. Der wundervolle Steudengau beginnt, eine zerklüftete, wildromantische Gegend mit steil emporragenden Felsen, waldigen Höhen und almetartigen Wiesen, an die sich einige an den Berg gezeichnete Hütten schmiegen. Vorzüglich heuern wir am tobenden Greiner Schwall und der Insel Wörsch, einer auch heute noch nicht ganz ungefährlichen Stelle, vorbei, dann wendet sich der Blick wieder hinauf zu den Wäldern und Bergen, die von den Trümmern mächtiger Burgen getrübt sind.

## In der goldenen Wachau.

Da steigt plötzlich überraschend und gewaltig ein Riesebau auf. Immer groharter und erdrückender wird der Eindruck, je näher wir kommen. Es ist das Benediktinerkloster Mel. Wie eine grandiose Schöpfung der Natur selbst scheint es aus dem steilen Granitfelsen herausgewachsen zu sein, auf dem es ruht. Eine mächtige Kuppel und zwei Türme überragen die wenigstens 300 Meter lange Südfassade, an der sich mehrere hundert Fenster befinden. Langsam steuern wir dem Ufer zu, besichtigen unser Boot und steigen durch die altertümlichen Gassen des kleinen Ortes hinauf zum Kloster. Eine unvergleichliche Kühnheit der architektonischen Phantasie beherrscht den ungeheuren Barockbau, der mehr Palaß als Kloster. Vom Marmorfaal mit seinen herrlichen Deckengemälden treten wir auf die

Plateau, wo die Höhen des Pleisch- und Trausental der Emstaler Alpen uns grühen, dann verweilen wir bei herrlichen alten Handschriften des Mittelalters in der Bibliothek. Noch einen letzten Blick in die Kirche mit ihren herrlichen Fresken, dem marmornen Hochaltar, dann gehen wir durch den Klostergarten abwärts zur Donau. Mittag ist es geworden. In leuchtender Sonne, von einem leisen Windhauch bewegt, liegt der Strom vor uns. Und weiter geht die untergeklärte Fahrt durch ein wahres Wunderland romantischer Landschaftsbilder. Immer schluchtenartiger wird das Flußtal, zerklüftete Felsen wechseln ab mit dunklem Taunenwald, und überall schweift der Blick in liebliche Seitentäler. Wunderhübsche Dörfchen, ein paar Wohnhäuser um eine uralte Kirche gruppiert, im Hintergrund waldige Berge, und das Ganze von Weinreben umschlossen, die gold und grün im Sonnengold leuchten. Wir befinden uns in der herrlichen, der „goldenen Wachau“. Wenige Kilometer an mächtigen Felsmassen vorbei, da leuchtet uns der „Wächler von Dürnstein“, ein hoch emporragender Fels, entgegen. Auch hier landen wir und ersteigen auf selbigem Fußpfad die Burg, die Ueberreste eines Riesebaus. Wie ganz anders, als über Bücher und Handschriften gebeugt, erleben wir hier Geschichte! Wie nahe ist uns das zwölfte Jahrhundert, die Zeit, in der Richard Löwenherz hier oben gefangen saß, wie heimlich berührt uns die Sage von seinem



Stein a. d. Donau.

getreuen Blondel, der vor der Burg sein Minnelied ertönen ließ. Durch uralte Lorbogen der Festungsmauern führen wir zurück. Sie bilden den Rahmen für stets neue, reizvolle Straßenbilder, die in ihren hellen Farben, ihren malerischen Winkeln fast italienischen Charakter tragen. Die goldene Wachau fand in dem österreichischen Nizza, in dem altersgrauen Krems, einen herrlichen Abfluß. Sanft gewellte Hügel und das weite Flachland des Talner Feldes mit seinen Inseln und dem dunkelgefärbten Zustuß

## Zu stark für dies Leben.

11] Von Iwan Heilbut.

Im Innern gereizt, aber äußerlich still, seinen Kummer sowie die Ursachen heimlich verschweigend, sah Grahl in seiner Stube, wo Gertrud, ihm gegenüber, mit langsamen regelmäßigen Zügen Brief um Brief und dazu die Adressen schrieb. Neben ihr lag die Abendzeitung, in welcher sie mehrere Inserate unter der „Zimmer“-Rubrik mit Kreuzen bezeichnelt hatte. — Hermann war wohl zu einem Vortrag gegangen. Plötzlich schellte es an der Wohnungstür. Beide erschrocken. Gertrud ging; Grahl preschte die Hand auf die Brust. — Es war Herr Uri. Er konnte nicht umhin, gleich beim Eintritt einige sehr lustige, freundliche Sachen zu Gertrud zu sagen. Er komplimentierte die Farbe des Kleides und fand noch mehr zu bewundern. Gertrud legte eilig die fertigen Briefe zusammen, sie begab sich in die Küche, um für den Gast ein Abendbrot zu bereiten. Als Herr Uri sich mit Grahl allein in der Stube befand, wurde der Ausdruck seines Gesichtes nachdenklich ernst. Und dann — mit wenigen Worten unterrichtete er Grahl von dem neuesten Schlag, zu welchem man gegen ihn ausholte. Baah und jenes Ausschuhmitglied, das vor dem Arbeitsgericht mit Baah zusammen als Zeuge der Firma erschienen war — diese beiden hatten in einer Versammlung, die eben beendet war und sowohl alle Ausschuhmitglieder, mit Ausnahme von Grahl, als auch eine Anzahl von Angestellten vereinigt hatte, den folgenden Antrag gestellt: Nach den beleidigenden Ausschuhmitgliedern, Herrn Baah, sei eine nupbringende Gemeinschaft zwischen Grahl einerseits und den übrigen Mitgliedern andererseits zu bezweifeln. Unter Berufung auf eine Entschuldigung seitens Grahls werde dieser aufgefordert, von seinem Posten als Ausschuhmitglied zurückzutreten. Grahl sprang auf, fiel in den Stuhl zurück, stemmte eine Faust auf das Herz und stöhnte. „Ich werde nicht!“ rief er aus. „Ich habe keine Veranlassung, von meinem Posten zurückzutreten. Wer kann mich zwingen? Mich deckt nicht mein Recht allein — mich schützt das Gesetz auf zweifache Weise.“ „Lieber Grahl“, sagte Herr Uri, „ich habe Ihnen mit dieser Nachricht nichts Gutes gebracht. Aber nun wird jene Aufforderung, welche Sie höchstwahrscheinlich schon morgen treffen wird, nicht mehr vermögen, Sie zu einem unbesonnenen Entschluß zu verleiten.“ „Mich verleiten?“ rief Grahl. „Zu einem Entschluß? Ich habe keine Veranlassung... Was? Halten mich meine Kollegen für schwachsinzig... wie?“ Gertrud, ein Tablett vorsichtig in Händen tragend, kam an die Tür. Herr Uri sprang auf, um ihr behilflich zu sein. Und während der Stunde, für die Herr Uri noch blieb, konnte er sich ein gutmütiges frohes Gepolde mit der Tochter

seines Kollegen treiben, als wäre an diesem Abend von gar nichts Ernstem die Rede gewesen.

## Neuntes Kapitel.

Am nächsten Morgen fand Grahl, wie erwartet, den Brief. Er hatte bereits ein kurzgehaltenes Antwortschreiben verfaßt, in dem er erklärte, es gäbe für ihn keine Veranlassung, von dem Amt, zu welchem die Stimmen der Wähler ihn berufen hatten, zurückzutreten. — Er ersuchte einen Boten, dies Schreiben zu überbringen, und blieb in einem Gefühl von Befriedigung und Verzweiflung zurück. Um sein laut klopfendes Herz zu beschwichtigen, wiederholte er sich mit gemurmelt Worten, daß das Gesetz seine Stellung auf zweifache Weise schützte. Aber die innerliche Empfindung von dennoch nagender Angst entsprang der Gemühsheit von einem dunkel sich näher gegen ihn wälzenden Ende. Er hörte die triumphierenden Hörner der Jäger, das Kläffen der Hunde. Seine Stimme nickte kaum merkbar, nickte unaufhörlich nach dem unaufhörlichen Takt seines klopfenden Herzens. Am Nachmittag wurde ihm ein Schreiben gebracht, des Inhalts, daß sämtliche Ausschuhmitglieder von ihrem Amte zurückgetreten wären, um einen vom Personal neu zu wählenden Ausschuh zu ermöglichen und somit das unerwünschte Nebeneinander mit Grahl zu lösen. — Grahl, ohne merkbar mit einer Miene zu zucken, steckte den Brief in die Tasche. Nun wußte er auch, daß es eben diese Maßnahme war, die er gefürchtet hatte, als die Empfindung von Angst in ihm zu klopfen begann. Für eine halbe Stunde und länger war sein Denken gelähmt. Dann schrieb er mit fiebernder Hand einen Brief: Er protestierte; er verlangte Gehör. Die Erregung in ihm, die nach entscheidender Aussprache drängte, trieb ihn, mit eigenen Händen den Brief in die Revisionsabteilung Herrn Baah zu bringen. O, er kannte sie wohl, seine Kollegen vom Ausschuh. Sie standen nun alle unter dem Einfluß von Karst, dem sie gut zu gefallen suchten; der selber nun wohl eine Gunstbezeugung für die Volkstreue seines Willens daran wenden mußte, nachdem dieser sein Willkür, in unmittelbarem Angriff auf Grahl, sein Ziel nicht hatte erreichen können. Als er in dem langen Flur, dicht bei der Kantine, an der Tafel vorbeigehen wollte, wo für die Angestellten wichtige Mitteilungen zu finden waren, blickte ihm die Ueberchrift eines Aufrufs an: „Neuwahl zum Ausschuh am 29. Oktober.“ — Grahl blieb stehen. Sein Herz stand still. Es war schon zu spät. Nun hieß ein Versuch, die Gegner von ihrem Unrecht zu überzeugen, sich vor ihnen zur Erde beugen... umsonst sah zur Erde beugen. — Er wendete sich mit schmerzenden Sohlen und lehrte den Weg über den langen Flur, sich nach an den geläuteten Wänden haltend, zurück. Das Oktoberwetter umpfiff ihn, als er den Weg nach Hause ging. War er vogelfrei? Mit seinem Mandat ging keine Immunität verloren. Ein Versuch zu erneuter Kandi-

datur wäre sinnlos. Aber dann blieb noch ein anderes Recht. Er konnte noch als einfacher Angestellter den bald neugebildeten Ausschuh zum Einspruch gegen die Kündigung aufrufen, die ihn voraussichtlich am letzten Tage des Monats traf. Aber die Hoffnung, die ihn auf diesem Wege begleiten konnte, war lächerlich winzig. Denn sicherlich würde die Mehrzahl der alten Ausschuhmitglieder den neu zu wählenden Ausschuh bilden. Die Auflösung samt der folgenden Wahl — dies war ein taktischer Zug, wahrscheinlich betrieben von Karst, den Buchhalter Jakob Grahl aus dem Amt zu entfernen. War er nicht vogelfrei? Am 29. Oktober wird ihm ein Brief von seinem erloschenen Mandat in Kenntnis setzen, am 31. ein anderer von seiner Entlassung am 1. Dezember. Dann kann er noch einmal zum neuen Ausschuh gehen, der sich im besten Fall aus anderen Untertanen zusammensetzt als der alte — das kann er, als der gekündigte Buchhalter Grahl... aber er wird es nicht tun. Er häppte von einem Fuß auf den andern. Obgleich ihm der Wind ins Gesicht pfiß, glühte die Stirn. Nur die Finger, in seinen Manteltaschen, und die häpftenden Füße waren eiskalt.

Aber es kam noch anders, als er erwartet hatte. Am Morgen des Neunundzwanzigsten war an Stelle des Aufrufs zur Wahl eine Mitteilung an die Tafel geheftet: Aus Mangel an Kandidaten konnte die Wahl nicht stattfinden gehen. — Es gab also keinen Ausschuh mehr. — Niemand wünschte durch die Eigenschaft als Führer des Personals in einen etwaigen Konflikt mit der Leitung der Firma zu geraten. Man hatte ja wohl bemerkt, wie wenig Sicherheit eine Immunität bedeutet, wenn sie Herrn Karst nicht gefällt... Mit der Kündigung, welche Grahl erwartungsgemäß am Vormittag des 31. Oktober (zum 1. Dezember) erhielt, wurde ihm sein Gehalt für den vergangenen Monat verahfolgt. An der Summe fehlte beinahe ein Drittel zu seinem Monatslohn. Er wandte sich an den Kassierer, der ihm erklärte, daß für den vergangenen Monat der Gehaltsstark für Boten und Pader, nach welchem der Vorgänger auf seinem Posten gelohnt worden war, auch für ihn Geltung hätte. — Ohne zu merken, daß er gegen Bode rannte, und Menschen, die ihm im Wege standen, beiseite stieß, lief Grahl durchs Kontor und trat in den „Glaskasten“ ein, wo Herr Karst, einen Brief diktierend, am Schreibtisch saß. Er Grahl den ersten Satz mit hastiger, oft versagender Kehle zu Ende gesprochen hatte, hielt ihm Karst einen geschlossenen Umschlag entgegen. Er trug eine Aufschrift: „Zeugnis für Jakob Grahl.“ — Grahl hörte Herrn Karst noch die Worte sagen: „Sie können nach Hause gehen. Die Firma verzichtet auf Ihre Tätigkeit, obgleich das Dienstverhältnis bis zum 1. Dezember geht. Sie brauchen nicht wiederzukommen. Trost dem wird Ihnen am Letzten des kommenden Monats das Gehalt für einen Boten bezahlt. Adieu.“ (Fortsetzung folgt.)

Kamp, einem Stiefhingsküsschen der Wiener, folgen. Wie ein letzter Gruß schaut unmittelbar vor der österreichischen Hauptstadt Burg Greifenstein zu uns herab. Und dann ziehen wir endlich, unser abgebautes Boot im Aufschwung, in Wien ein.

Wer mit Faliboot und Zelt die Welt durchkreift, dazu seinen Spiritusocher zu bedienen weiß, wird herrliche Fahrten für billiges Geld erleben können. Manche Arbeiterpöbller trafen wir unterwegs. Sie alle zogen frohen Sinnes ihre Straße. Und in uns wuchs die Erkenntnis: Unser ist die Welt, die schöne Welt, trotz alledem!

## Verbilligung im Berliner Vorortverkehr.

Ausdehnung der Nahzone von 7 1/2 auf 12 Km.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hielt vom 2. bis 4. Juli in Dresden eine seiner regelmäßigen Tagungen ab. Unter anderem stimmte der Verwaltungsrat dem Vorschlag zu, im Berliner Stadt- und Vorortverkehr die Nahzone (15-Pfennigzone) von 7,5 Kilometer auf rund 12 Kilometer hinauszuverlängern. Außerdem soll der Uebergangsverkehr zwischen Stadt- und Ringbahn und der bisherigen Nahzone verbilligt werden. Es bleibt zu hoffen, daß diese Tarifmaßnahmen sich verkehrswerbend auswirken werden, damit trotz der zu erwartenden Erhöhung der Personalausgaben auch bei einem künftigen Rückgang der Wirtschaftskontunktur und des Verkehrs die den Wünschen der Wirtschaft entgegenkommende und insbesondere die Arbeitsbeschaffung fördernde Tarif- und Beschaffungspolitik von der Reichsbahn aufrechterhalten werden kann.

Da sich die Finanzlage besonders infolge günstiger Entwicklung des Güterverkehrs befriedigend gestaltet hat, beschloß der Verwaltungsrat die Wiederaufnahme des ursprünglich aufgestellten Beschaffungsprogramms, das aus finanziellen Gründen Anfang des Jahres hatte gedrosselt werden müssen. Der somit bewilligte Rest des Programms beträgt etwa 120 Millionen Mark. Die sich folgendermaßen verteilen: Für die Unterhaltung und Erneuerung der baulichen Anlagen einschließlich des Oberbaus und Verstärkung der Brücken sollen 43 Millionen Mark mehr aufgewendet werden; für die Unterhaltung und Erneuerung der Fahrzeuge und maschinellen Anlagen weitere 34 Millionen Mark. Für den Ersatz von Fahrzeugen 50 Millionen Mark. Außerdem beschloß der Verwaltungsrat nach Antrag der Hauptverwaltung auf Grund der Vorschläge der Ständigen Tarifkommission und des Ausschusses der Verkehrsinteressenten die Befreiung von Härten in den Gütertarifen durch folgende Maßnahmen: Einführung einer neuen Horizontalstaffel der Ladungsklassen A bis D mit Senkung der Strecktarifsätze bis zu 7 Proz.; Einführung einer neuen Ladungsklasse zwischen den Klassen D und E; Senkung der Abfertigungsgebühren in den Ladungsklassen B und C; Senkung der Abfertigungsgebühren bei Entfernungen bis 100 Kilometer in den Ladungsklassen A bis E; Ermäßigung der prozentualen Zuschläge zu den Frachten der Hauptklassen für die 10-Tonnen-Nebenklassen.

## Zwei Sonderzüge zum Wochenende.

Jeden Sonnabend an die Ostsee und in den Harz.

Am Donnerstag, dem 7. Juli, beginnt der Fahrtenverlauf für die erstmalig am Sonnabend, dem 9. Juli, verkehrenden Wochenendzüge nach dem Harz und nach der Ostsee. Die Züge führen die 2. bis 4. Wagenklasse. Die Fahrpreismäßigung beträgt 33 1/2 Proz. Der Wochenendzug nach der Ostsee verkehrt vom Steinitzer Bahnhof, der Wochenendzug nach dem Harz am 9. Juli ausnahmsweise von der Stadtbahn, in Zukunft vom Potsdamer Bahnhof (Rückfahrt dieses Zuges ebenfalls am 10. Juli nach dem Potsdamer Bahnhof). Die Abfahrt der Züge von Berlin erfolgt am Sonnabendmorgen, die Ankunft in Berlin in der Nacht vom Sonntag zum Montag. Wie wir von der Reichsbahndirektion Berlin erfahren, verkehren beide Züge bestimmt bis auf weiteres. Zu dem Sonderzug nach dem Harz werden Fahrkarten ausgegeben nach: Quedlinburg, Thale, Bernrode, Alexishaus, Blankenburg (Harz) Elbingerode, Rübeland, Lanne, Wernigerode, Ilmenburg, Schierke, Elend, Bennedekstein, Sorge, Bad Harburg, Goslar. Zu dem Sonderzug nach der Ostsee nach: Swinemünde Bahnhof oder Bad, Ahlbeck Seebad, Heringsdorf Seebad, Bansin Seebad, Uckeritz, Ralswiek, Roserow, Jemnin, Zinnowitz, Carlshagen-Trassenheide, Binz, Sellin, Gähren, Lauterbach, Sahnitz, Jingsitz und Perow. Die Fahrkarten werden bei den Fahrkartenausgaben Potsdamer bzw. Steinitzer Bahnhof und folgenden Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus verkauft: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens, Reisebureau Unter den Linden 57/58. Die Fahrpläne und Fahrpreise enthalten die auf sämtlichen Bahnhöfen aushängenden Bekanntmachungen.

## Kindergarten Johannissthal.

Im Verwaltungsbezirk Treptow hat das Bezirksjugendamt den im Ortsteil Johannissthal eingerichteten Kindergarten in einer durchgreifenden Umgestaltung erneuert. Das auf dem Hinterland des städtischen Grundstücks Kaiser-Wilhelm-Straße 4 und 5 stehende Häuschen, das dem Kindergarten bisher als Unterschlupf gedient hatte, bietet jetzt dem überraschten Besucher ein freundliches und anheimelndes Bild. Als am Dienstag das Bezirksjugendamt einem Kreis geladener Gäste das fertige Werk zeigte, fand das nun so gemüthliche Heim allgemeinen Beifall. Stadtrat Peters dankte dem Architekten Redetzki und dem Maler Garbe, die den Umbau und die Neuerrichtung ausgeführt haben. Sie haben miteinander gewetteifert, das alte Häuschen außen und innen so umzugestalten, daß es den Besuchern, den Kleinen und den Großen, Freude machen kann. Auch arbeitslose Jugendliche des Bezirkes haben mitgewirkt und in dem für sie eingerichteten Vertiefgang die nötigen Möbel zurechtgezimmert. Spinde für Beschäftigungsmittel der Kinder und widerstandsfähige Stühle und Tische. Das Häuschen hat zwei mit hübschen Wandmalereien geschmückte Räume für die Kleinkinder des Kindergartens, außerdem einen besonderen Raum als Hort für Schulkinder, dazu die erforderlichen Nebenräume (Küche, Aborte), auch ausreichende Wascheinrichtungen. Luft und Licht haben überall Zutritt. Zu dem Häuschen gehört eine beträchtliche Gartenfläche, die von den Kindern bei ihren Spielen benutzt wird. Das ganze Grundstück ist in gartenreicher Umgebung sehr günstig gelegen. An der erneuerten Sätte liebevoller Kinderbetreuung wird nun bald wieder die fröhliche Schar der Kleinen sich tummeln.

## Diebstahl in der Ortstrankenkasse Neukölln.

Ein Diebstahl, dessen Ausführung in seinen Einzelheiten noch völlig rätselhaft ist, beschäftigt die Neuköllner Kriminalpolizei. In der Geschäftsstelle der Ortstrankenkasse waren nach Schluß der Dienststunden alle Schalter geschlossen worden. Der Kassierer, dessen Schalter durch eine von innen verschließbare Scheibe gesichert ist, hatte seinen Raum auf einen Augenblick verlassen, nachdem er das Fenster ordnungsmäßig herabgelassen und verschlossen hatte. Bei seiner Rückkehr sah er zu seinem Erstaunen, daß die Scheibe emporgeschoben war. Er stellte fest, daß aus seiner Kasse 800 Mark entwendet worden waren. Es ist ganz unerklärlich, wie der Dieb sich hat einschleichen und angeht, der anderen Beamten des Zimmer 50 des Polizeiamts Neukölln entgangen sind.

## Strasser zweimal zum Tode verurteilt.

Und doch Begnadigung beantragt.

Gestern nachmittag wurde im Strasser-Prozess das Urteil gefällt. Der Angeklagte David Strasser wird wegen Mordes in zwei Fällen und wegen eines vollendeten und eines versuchten Versicherungsbetruges zweimal zum Tode, ferner zu zwei Jahren Zuchthaus und außerdem zu bauerndem Ehrverlust verurteilt. Gleichzeitig beschloß das Gericht einstimmig, beim Staatsministerium die Begnadigung des Verurteilten zu beantragen.

In der Begründung hieß es unter anderem: Das Gericht hat die feste Ueberzeugung gewonnen, daß Strasser den Mord an seiner Frau wie an seinem Sohn begangen hat. Die Beweisaufnahme hat eine Unmenge von belastendem Material zusammengebracht. Hinzu kamen noch die Gutachten der Sachverständigen, die einen Selbstmord und Unglücksfall bei Frau Strasser, wie auch einen Unglücksfall bei dem Anaben Kurt für ausgeschlossen hielten. Weder bei der Frau noch bei dem Jungen konnte der Schuh aus dem Revolver in der Weise erfragt sein, wie Strasser es geschildert hat. Das Motiv zur Tat liegt auf der Hand. Es war dies die schwierige Vermögenslage des Angeklagten. Deshalb hatte er sich entschlossen, die Versicherungssummen zu erheben. Es lag in beiden Fällen Mord vor und da konnte nur auf Todesstrafe erkannt werden.

Das Urteil im Prozess Strasser kam nicht unerwartet. Selbst zugegeben, daß nichts im Leben so grotesk sein kann, wie der Zufall, schien es doch wenig glaubhaft, daß hier der Zufall in der Gestalt von unglücklich losgegangenen Schüssen hintereinander Frau und Sohn Strassers dahingerafft haben konnte. Ein Umstand mußte jedoch stuhlig machen: Die Aussage des 14jährigen Kuri vor seinem Tode; er sprach von einem Unglücksfall. Es ist schwer zu sagen, welche Gedankengänge die Richter veranlaßt haben, die Begnadigung des zum Tode Verurteilten zu beantragen. Es wird auch niemals bekannt werden, ob es die Laien oder die Berufsrichter gewesen sind, die hierin die Initiative ergriffen hatten. Vielleicht kommt aber in diesem Antrag die Tatsache zum Ausdruck, daß letzten Endes hier ein Mensch nur auf Grund von Indizien zum Tode verurteilt werden mußte. Die Möglichkeit eines Justizirrtums bleibt unter diesen Umständen nie völlig ausgeschlossen. Nicht umsonst verlangen selbst Anhänger der Todesstrafe, daß diese nie auf Grund eines Indizienbeweises vollstreckt werden solle.

## „Rot Front!“

Von einem Befer unseres Blattes wird uns mitgeteilt, daß auch Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes an der Trauerfeier für den erschossenen Reichsbannerkameraden Karl Lich teilgenommen haben. Es ist nicht festzustellen, wie weit die Teilnahme der RFB-Mitglieder aus Agitationsgründen erfolgt ist. Wir wollen aber annehmen, daß die einzelnen Mitglieder durch ihre Teilnahme einen toten Kämpfer für Freiheit und Recht ehren wollten. Im schreienden Gegensatz hierzu steht, was uns von einem anderen Reichsbannerkameraden mitgeteilt wird, daß sich RFB-Mitglieder bei der Reichsbannerveranstaltung in Pantow durch eine Gefährlichkeit auszeichneten, die kaum zu übertreffen ist. Wir geben den Bericht des Kameraden ungekürzt wieder:

„Einen Tag nach der Besetzung unseres in Arensdorf ermordeten Kameraden Lich veranstaltete der Kreisverein Pantow einen Republikanischen Tag, der mit der Weibung des Kreisbanners verbunden war. Als Kamerad Stellung der Toten der Republik, besonders des ermordeten Lich gedachte, entblöhte die Menge die Häupter. Nur einige junge Burshen hielten es für richtig, ihre Hüte aufzubehalten, die ihnen aber ziemlich unangenehm heruntergehoht wurden. Sehr groß war mein Erstaunen, als man an den Anzügen dieser Provokateure Abzeichen des Roten Frontkämpfer-Bundes und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes sah. Zur Rede gestellt, antworteten diese wackeren Herren, daß sie auch Steuern bezahlen und machen könnten, was sie wollten. Dann bezeichneten sie das Reichsbanner als „Lumpenpad und Halbschiffchen“, als Arbeiterrepräsentant usw. Vielleicht werden die Kommunisten diese Rotz wieder als Schwindelnachricht der „verräterischen“ Führer bezeichnen, aber der Schreiber dieser Zeilen ist ein ganz „gemeiner“ Reichsbannermann. Wir werden uns dieses Betragen für die Zukunft merken und werden die irregulierten Mitglieder des RFB aufklären über das schändliche Spiel, das die jeweiligen „Führer“ mit ihnen treiben. Eine Hand wäscht die andere!“

Selbstverständlich, das brauchen wir nicht erst besonders betonen, wird die „rote Fahne“ den Bericht für erlogen und erstunken halten. Der Vorfall hat sich aber im Beisein von hunderten von Reichsbannermitgliedern und Einwohnern von Pantow abgepielt. Bevor die „rote Fahne“ den Bericht bestreitet, empfehlen wir, einmal in den Kreisen ihrer Mitglieder in Pantow genaue Recherchen anzustellen.

## Waffen- und Munitionsfunde in der Panke.

Von badenden Kindern wurden gestern in der Panke bei Buchholz in der Nähe der Papowitzer Straße zwei Karabiner 08 und mehrere dazu gehörige Patronen aufgefunden. Polizeibeamte nahmen die Fundstelle in Augenschein, ohne jedoch weitere Waffen zu entdecken. — Einige Zeit später wurden von einem Schüler, der bei Pantow die Panke durchwachte, mehrere Eierhandgranaten gefunden. Der Junge übergab seinen Fund dem zuständigen Polizeirevier, das ebenfalls mehrere Beamte an die Stelle entsandte. Beim Abklagen des Fließbetriebes stießen sie auf ein großes verrostetes Paket, das über 100 Eierhandgranaten enthielt. Außerdem lagen auf dem Boden zahlreiche Eierhandgranaten verstreut. Die Polizei ist bemüht, festzustellen, wo die Munition in das Wasser geworden hat. Offenbar handelt

# Funkwinkel.

Aus Anlaß von Käthe Kollwitz' 60. Geburtstag sprach Luise D i e h l über das Leben und Schaffen der Künstlerin, deren ganzes Werk aus Mitleid und Menschenliebe geboren ist. Alle Anerkennung, die ihrer Kunst seit Jahrzehnten zuteil wird, hat aus Käthe Kollwitz nichts anderes gemacht, als was sie immer war: ein gütiger, mitleidender Mensch. Die Vortragende fand warme Worte für diese wertvolle Künstlerin und Frau. — Der Abend brachte Hans J. K e i s s e r s Tragiödie „Wer weint um Judena?“ Es wurde einer der stärksten Eindrücke, den die Sendebühne je vermittelt hat. Das Werk, das als Hörspiel sehr geeignet ist, war hervorragend gut besetzt. Paul Graeß war als Judena? von erschütternder Größe. Er durchlebte diesen um sein Recht auf Leben und auf Tod kämpfenden Judena? in jedem Wort. Und wurde kürzlich an dieser Stelle auf einige sprachliche Mängel hingewiesen, die sich bei Paul Graeß scheinbar aus dem langjährigen Bühnengebrauch des Berliner Dialekts entwickelt hatten, so war diesmal kaum noch etwas von dem Uebelstand zu merken. Ausgesprochen wurde auch Staatsanwalt Dr. V o s s i c h durch Alfred Braun verkörpert. Braun hat ohne Frage für diese Rollen eine starke Begabung. Elsa Wagner, Till Rodow, Erich Riewe, Albert Florath vervollständigten die Darstellerschaft dieses schönen Abends. — Das erste Kinderfest des Sommers ließ noch manche Wünsche offen. Krampbusch, der Eber-Waldenbach tragische Hundesgeschichte, war für solche heitere Kinderveranstaltungen zu schwer. Und Kasperle sie gebeten, nicht immer durch Brügel's Heiterkeit heraufbeschwören zu wollen. Er kann in Zukunft als kluger Kerl seine kleinen Zuhörer gewiß auch auf andere Art erheitern.

es sich um Munition, die in den Jahren 1918/19 von irgendeiner Seite in den Lauf der Panke gemorfen wurde. 1920 wurden in der Panke am Gesundbrunnen an der Trademünder und Gregoriusstraße ähnliche Funde gemacht, die aus den Unruhen von 1919 herrührten.

## Die Skelettfunde am Ulap.

Das Gutachten des Professors Strauch.

Um den unsinnigen Gerüchten über die Skelettfunde am Ulap entgegenzutreten, die von den Kommunisten, trotz der inzwischen veröffentlichten verschiedenen medizinischen und geschichtlichen Gutachten aus durchsichtigen Agitationsgründen immer noch hartnäckig verbreitet werden und denen zufolge die aufgefundenen Menschenknochen aus dem Jahre 1919 stammen sollen, veröffentlicht der Berliner Polizeipräsident das von dem Gerichtsarzt Professor und Medizinrat Dr. Strauch erhaltene Gutachten. Professor Dr. Strauch äußert sich folgendermaßen:

Ich wurde als Mitglied der Nordkommission am 1. Juli 1927 vormittags an die Fundstelle gerufen und sah dort genau, wo ein Teil der Knochen gefunden war, wie weitere Skelette und Skeletreste freigelegt wurden und unterleuchte am Fundort selbst sogleich die Knochen. Am 2. Juli und 5. Juli hatte ich erneut Gelegenheit, weitere Ausgrabungen zu beobachten und die auch hierbei zutage geföhrten Knochen zu untersuchen. Aber, abgesehen von diesen eigenen Wahrnehmungen an Ort und Stelle, habe ich die auf meinen Wunsch in das Leichenhausbau überführten Knochenreste noch besonders eingehend untersucht. Nach alledem handelt es sich, wie ich sogleich am 1. Juli erklärt hatte, um ganz alte Knochen, von denen ich damals annahm, daß sie mindestens 50 Jahre in der Erde gelegen hätten. Ich hatte geäußert, daß dies aber die untere Grenze sei, sie könnten ebenso gut 100 oder 150 Jahre alt oder noch älter sein. Zu dieser Ansicht kam ich, weil die Knochen vollständig die Beschaffenheit der alten Knochenreste aufwiesen. Sie waren auffallend leicht und wiesen zum Teil charakteristische Striche und feine Einsätze an der Knochenart auf. Sie waren größtenteils von grauer Farbe. Es fehlten jegliche Weichteile und organische Substanzen. Weder Lederfelleinbauten, Fett noch Knorpel waren mehr vorhanden. Die Knochen waren vielfach so brüchig, daß man Teile der Schädelkapsel mit dem Fingernagel eindrücken konnte. Neben vollständigen Schädeln wurden nur Bruchstücke gefunden, an welchen die abgetrockneten kleineren Knochenvorsprünge ganz alte Bruchflächen darstellten. Nur die Zähne waren wie bei vielen Jahrhunderten und Jahrtausenden alten Schädeln sehr gut erhalten. Manche der Schädel waren von Pflanzenwurzeln durchwachsen. Solche fanden sich auch zum Teil in inneren Gehirnteilen. Die Schädel glichen vielfach ganz deutlich denen, die man in prähistorischen Ausgrabungen zutage fördert. Dies nimmt nicht Wunder, denn Schädel, die einmal vollständig jede organische Substanz durch das Alter und durch Erdeinflüsse verloren haben, halten sich, nur noch aus Kalksalzen bestehend, unzerstört. Deswegen war es schwer, ein genaues Alter anzugeben, und man mußte die Altersgrenze nach oben hin offen lassen. Ueber 50 Jahre sind sie meines Erachtens bestimmt.

Nach diesem Untersuchungsergebnis muß ich mein Gutachten so bestimmen wie selten dahin abgeben, daß die Knochen mit Sicherheit nicht von Leichnamen herrühren können, welche erst 10 oder 11 Jahre in der Erde gelegen haben.

Was sonst aus der Lage der Skelette selbst und des Fundortes hervorgeht, ist das, daß es sich hier offenbar um Leichname handelt, die 3. Ordnungsmäßig ausgestreckt bestattet worden sind. Daneben aber auch wohl sicher schon als verwitterte Knochen an diese Stelle von irgendwo anders gebracht wurden. Es kann diese Stelle nur als ein Friedhof, mehr noch als eine Schändstätte angesehen werden. Von den an dieser Stelle tätigen Leitern der Bauarbeiten wurde mir gezeigt, wo die Schilde für die Helfer der Stadtbahnbogen sich befand und ich konnte feststellen, daß unter dieser Schilde bei einzelnen der Knochen erst eine Schicht Sand kam, dann eine Schicht alten Kalks und unter dieser die Knochen hervorgezogen wurden. Ich fasse mich in bezug auf die Hauptfrage dahin zusammen: nach wissenschaftlicher Ueberzeugung und Erfahrung stammen die Knochen sicher nicht von Leuten, die vor 10 bis 15 Jahren dort bestattet wurden.“

## Verunglückte Polizeibeamte.

Anläßlich einer kommunistischen Kundgebung im Sportplatz in der Potsdamer Straße war gestern ein hartes Schuppaufgebot nach dort beordert worden. Aus einem Fenster des zweiten Stockwerks türzten plötzlich drei große Biergläser hinab und trafen den Oberwachmeister M u s i a so unglücklich am Kopf, daß M. schwerverletzt zusammenbrach und in einem Sanitätsauto in das Staatskrankenhaus gebracht werden mußte. Die Ursache dieses außerordentlich merkwürdigen Unfalls konnte noch nicht festgestellt werden. — Beim Schwimmenunterricht im Deutschen Bad in Treptow ging der Schupwachmeister Paul Siebert von der Inspektion Neukölln vor den Augen seiner Kameraden plötzlich unter. Er konnte sofort gerettet werden, doch hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

## Themal-Marschner-Prozess vor dem Reichsgericht.

Die Befeldigung des Landgerichtsdirektors Dr. Marschner wird auch nach dem Reichsgericht bestritten. Sowohl Oberstaatsanwalt T e h l a f f aus auch Landgerichtsdirektor Dr. Marschner als Nebenkläger haben gegen das Urteil der Dritten Großen Strafkammer des Landgerichts I, soweit es die Freisprechung des Rechtsanwalts Themal betrifft, Revision beim Reichsgericht eingelegt. In der Revisionschrift der Rechtsanwälte Dr. Alberg und Gollnick wird insbesondere die Jubiligung des § 193 bemängelt.

## Nachwahl im Freidenkertverband.

Achtung, Mitglieder. 5. Bezirk Friedrichshain. Am Freitag, dem 8. Juli, 19 Uhr, finden im Saalbau Friedrichshain die Wahlen zur Unterbezirksleitung bzw. Bezirksgeneralversammlung delegierten statt. Die Wahlvorschläge werden in der Versammlung entgegengenommen. Das Mitgliedbuch ist zur Abstempelung vorzulegen. Mitglieder, die mit den Beiträgen über drei Monate im Rückstand sind, haben kein Wahlrecht. Für die korrekte Durchführung der Wahl ist der Kontrollapparat entsprechend eingerichtet. Jedes Mitglied muß seine Wahlpflicht erfüllen. Hinein in die Versammlung!

Die gemordete „Sittendiebe“. Infolge des tragischen Hotelmordes befinden sich an allen Anschlagssäulen Platate des Polizeipräsidiums, die unter der obigen Ueberschrift eine Belohnung für die Auffindung des Mörders versprechen. Wir können nur annehmen, daß diese G e s c h a f t l i c h e i t von einem Beamten herrührt, der sich selber nicht klar über die Beschimpfung geworden ist, die auf diese Weise einer Toten zugefügt wird. Ihm scheint ebenfalls nicht bekannt zu sein, daß am 1. Oktober d. J. ein Gele in Kraft tritt, das ein Ende machen soll mit der Beförderung und Bestrafung der traurigen Opfer unserer Gesellschaftsordnung, die ihren Körper für Geld verkaufen. Wir nehmen an, daß dieser Hinweis genügt, um den zuständigen Beamten des Polizeipräsidiums klar zu machen, daß derartige Kennzeichnungen für Frauen, ganz besonders aber für Tote, in unserer heutigen Zeit nichts zu suchen haben.

Billige Fischlage. Vom Donnerstag bis Sonnabend kommen zum Verkauf: frische Matzelen pro Pfund 40—45 Pf., leibendfrische Schollen Pfund 40—45 Pf. Die Verkaufsstellen sind durch Platate kenntlich gemacht.

**Für die Dezentralisation der Freibank.**  
Eine Forderung der Sozialdemokratie.

In der Märznummer der vom Bezirksverband der SPD. herausgegebenen kommunalen Blätter erschien vom Genossen Martin Haerber unter dem Titel „Die Freibank für Alt-Berlin“ ein Aufsatz, in dem die sozialdemokratische Stellungnahme zu einer Wiedereinführung von Filialen behandelt wurde. Unsere Genossen haben bekanntlich die Gründung einer „Berliner Freibank G. m. b. H.“ erreicht, bei der die Stadt Berlin (ohne finanzielle Beteiligung) von sieben Aufsichtsratsmitgliedern drei stellen darf.

In dem Aufsatz wurde ferner ausgeführt, daß diese bis zum Krieg vorhandenen Filialen nur wegen Materialknappheit geschlossen wurden, daß aber bis dahin täglich in ihnen 30 Zentner Freibankfleisch verteilt wurde und daß jetzt unter Umgehung des Fleischbeschaugesetzes und der hierauf bezüglichen polizeilichen Bestimmungen erhebliche Teile des Freibankfleisches in den Handel kommen oder in Speisewirtschaften endigen. Vertragmäßig kann von der Bäckerin, die den Betrieb schon seit mehr als zwanzig Jahren inne hat, die Wiedereinführung der früher betriebenen Filialen gefordert werden. Wie groß das Interesse für dieses Freibankfleisch bei bestimmten proletarischen Schichten ist, kann man umsoher aus der Zahl der täglichen Kunden in der Thierstraße ersehen, deren Zahl täglich weit über tausend beträgt. Wie in dem zitierten Artikel ausgeführt wird, geht eine Menge des Freibankfleisches in den Schleichhandel. Damit muß jetzt endgültig Schluss gemacht werden. Wenn auch der Schleichhandel nicht immer vollkommen zu unterbinden ist, so wird er doch nach Eröffnung der Filialen sehr erheblich eingeschränkt werden. Die Verwaltung hat bisher auf die angebliche Verteuerung des Freibankfleisches nach der Errichtung von Filialen hingewiesen, die durch die Transportkosten entstehen sollten. Dabei sind jedoch diese Kosten schon in der Vorkriegszeit der Bäckerin nicht erspart geblieben. Wenn ferner die Vorteile der heute bestehenden einheitlichen Verkaufszentrale hervorgehoben werden, mag dies von rein geschäftlichen Standpunkte aus gesehen, richtig sein. Es darf hier aber nicht auf den Gewinn ankommen, da die Freibank ja eine Art von Wohlfahrteinrichtung sein soll. Es ist nunmehr an der Zeit, der sozialdemokratischen Forderung zu entsprechen und die angeblichen oder wirklichen Schwierigkeiten, die bisher der Wiederherstellung der Filialbetriebe im Wege standen, zu beseitigen. Die heutige Sitzung der Deputation für den Vieh- und Schlachthof hat auf ihrer Tagesordnung die Wiedereinführung der Freibankfilialen zu stehen. Man darf die Erwartung aussprechen, daß sie der seit Jahren von der Sozialdemokratie geforderten Einrichtung der Freibankfilialen zustimmt.

**Schweres Eisenbahnunglück im Harz.**  
Zahlreiche Tote.

Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Berlin hat sich heute nachmittag um 18 Uhr auf der Harzquerbahn bei Haslerode ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Infolge einer Gleisunterpülung, hervorgerufen durch einen Wolfenbruch, stürzte ein Zug der Harzquerbahn ab. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind der Lokomotivführer und eine Anzahl von Reisenden getötet worden. Die Lokomotive und einige Wagen des Zuges liegen im Wasser. Nach einer weiteren Meldung ist infolge des Wolfenbruches bei Harzgerode eine Brücke fortgerissen worden. Die Reichsbahndirektion Magdeburg hat Hilfe gefordert.

**Merabischwilli und Weshapeli.**  
Ein Georgierprojekt in Paris.

Am 10. Juni v. J. verließ der 24jährige Georgier Merabischwilli tödlich seinen Landsmann Weshapeli in der Nähe des Justizpalastes in Paris. Weshapeli hatte seinen das Gebäude verlassen, nachdem er einen Prozeß gegen sechs seiner Landsleute, die von ihm wegen tätlicher Beleidigung angeklagt waren, verloren hatte. Dem Prozeß lag eine Schlägerei zugrunde, die am 9. August 1925 in einem Pariser Café während einer von Weshapeli organisierten Versammlung sowjetfeindlicher Georgier stattgefunden hatte.

Merabischwilli war im Jahre 1924 von der Sowjetregierung nach Berlin geschickt, um hier sich der Kinematographie zu widmen. Nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes in Georgien wies er das Stipendium zurück, siedelte nach Paris über und arbeitete hier als einfacher Arbeiter. Aber noch vor seiner Ueberriedelung nach Paris, bereits in Berlin, hatte er beschlossen, sich an Weshapeli zu rächen. Weshapeli, einmal ein begeisterter Anhänger der georgischen Unabhängigkeit, Mitglied der Georgischen Konstituierenden Versammlung, war nach Eroberung Georgiens durch die Bolschewisten ins Ausland geflüchtet und wurde bei der früheren georgischen Regierung, die sich gleichfalls in Paris niedergelassen hatte, Vertreter des Zentralkomitees der Nationaldemokratischen Partei Georgiens. Nach dem georgischen Aufstand ging er aber zur Sowjetregierung über und verfuhr in Paris die Georgier auf die Sowjetplattform zu vereinigen. Merabischwilli taufte sich am 9. Juni einen Renolver, tauferte am nächsten Tage Weshapeli auf und schloß auf ihn. Der Prozeß begann gestern. Der Rebenkläger Henry Torres beabsichtigt die Gerichtsverhandlung zu einem großen politischen Prozeß zu gestalten. Er will die moralische Schuld an der Tat des jungen Merabischwilli der georgischen Vertretung in Paris in die Schuhe schieben. Allerdings ein aussichtsloses Unternehmen. Der Prozeß ist auf vier Tage berechnet.

**Tagung der Landesversicherungsanstalten.**

Der Verband der Landesversicherungsanstalten, also der Träger der Invalidenversicherung, hielt am 4 und 5. Juli in Godesberg am Rhein seine diesjährige Jahresversammlung ab. Anwesend waren etwa 150 Delegierte und Gäste, darunter Vertreter aller interessierten Reichs- und Landesbehörden.

Der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Schröder-Kassel, erstattete den Geschäftsbericht: Mit der Aufwertung der Invalidentrenten und der Stabilisierung der Invalidenversicherung wurde im Jahre 1925 begonnen und beides wurde im Jahre 1927 zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Im Jahre 1927 wird die Beitragseinnahme um rund 25 Proz. steigen. Wenn im Jahre 1928 die neue siebente Lohnklasse ins Leben tritt, wird noch eine weitere Verbesserung der geldlichen Lage der Versicherungsanstalten eintreten. Schröder behandelte dann Vorgänge im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags, wo behauptet worden war, daß etwa ein Viertel der Beiträge, die entrichtet werden sollen, nicht entrichtet werden. Das ist, wie Schröder betont, eine starke Ueberreibung. Wenn auch nicht alle Beiträge restlos eingehen, so sind doch die Unterschleife nicht größer als in anderen Versicherungszweigen. Die Reibungsflächen zwischen der

**Invaliden- und Angestelltenversicherung**

haben eine Glättung insofern erfahren, als jene von dieser eine Abfindung erhält für Renten, die nach sachlichen Erwägungen die Invalidenversicherung zu Unrecht für Angestellte zahlt. Weiter sind durch die neue Zollgesetzgebung der Invalidenversicherung jährlich 40 Millionen Mark aus Zollüberschüssen zugewiesen worden, die zur Gesundheitsfürsorge (Heilverfahren usw.) verwendet werden sollen.

Bei den Einzelragen behandelt Landesrat Görling (Verbandspräsident) die finanzielle Lage der Träger der Invalidenversicherung und betont, daß an dem gegenwärtigen Begriff der Invalidität nichts geändert werden dürfe. Es würden nur verhältnismäßig wenig Rentenansprüche abgelehnt. Zu fordern sei die Beseitigung der „Unterversicherung“, die darin bestehe, daß wir

nicht genügend hohe Lohnklassen

besitzen, die auch die höheren Arbeitsverdienste entsprechend versichern.

In der Aussprache äußert sich zunächst Gewerkschaftssekretär Welker-Berlin, der sich über die Beitrags- einhebung verbreitet. Es wäre wünschenswert gewesen, daß die Einhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung den Landesversicherungsanstalten mitübertragen worden wäre. Voraussetzung wäre allerdings eine Uebereinstimmung der Lohnklassen in beiden Versicherungszweigen gewesen. Die Versichertenvertreter wünschen das; die Regierung lehnte es aber ab.

Als Wortführer der Unternehmer, die in einer Vorversammlung beschlossen hatten, sich gegen die „hohen Beitragslasten“ und gegen die Ausgestaltung der Selbstverwaltung in der Invalidenversicherung energisch zu wenden, erklärt Dr. Höpfe, eine Erhöhung des Einflusses der Versicherten müßten die Arbeitgeber ablehnen. Arbeiterssekretär Hauck-Düsseldorf betont demgegenüber, die Versicherten seien Objekt, müßten also

auch Subjekt der Invalidenversicherung sein.

Vizepräsident Appellus-Düsseldorf sprach über die Wiedereinführung einer „Vorbefassung“ der Versicherungsanstalten. Man verfiel darunter eine Abänderung des heutigen Zustandes, nach dem alle Renten aller Versicherungsanstalten gemeinsam getragen werden in der Form, daß wieder die einzelnen Anstalten gewisse Kosten (Rententeile) selbst übernehmen, natürlich auch unter entsprechender Ueberlassung von Einnahmesteilen. Der heutige Zustand begünstigt die Anstalten mit landwirtschaftlichen Versicherten und benachteiligt die mit industriellen.

Gewerkschaftssekretär Welker-Berlin hält den Zeitpunkt für gekommen, die früher vorhandene Sonderbelastung der einzelnen Anstalten wieder einzuführen. Er schloß eine solche von 10 Proz. vor. Die Versicherungsanstalten dürften nicht ein Eigenleben auf Kosten der Solidarität der gesamten Anstalten führen. Nach lebhafter Aussprache ergibt die Abstimmung, daß die übergroße Mehrzahl der Anstalten grundsätzlich für die Vorbefassung ist.

Ueber das Verhältnis der Invalidenversicherung zur Angestelltenversicherung sprechen Präsident Reumann-Darmstadt und Regierungsdirektor Wecker. Die Gesetzgebung habe mehrfach die Invalidenversicherung zugunsten der Angestelltenversicherung belastet. Die (oben schon erwähnte) Abfindung an die Invalidenversicherung von 33 Millionen Mark genüge nicht. Diese forderte 120 Millionen Mark.

Ueber die Aufwendungen der Versicherungsanstalten für Heilverfahren sprachen Präsident Dietl-Weimar und Stadtrat Genosse Schneider-Nürnberg. Es handelt sich hierbei um zweckmäßige Verwendung der oben schon erwähnten 40 Millionen Mark Zollüberschüsse. Von Bedeutung war dann noch die Erörterung einer durchgreifenden Beitragsüberwachung. Es soll eine bestimmte Anzahl Ueberwachungsbeamter angestellt werden. Nach einem Vortrag des Univeritätsprofessors von Romberg über die Bekämpfung der Tuberkulose werden zum Schluß die fälligen Wahlen des Vorstandes im Hinblick auf das Gesetz über das soziale Wahljahr auf nächstes Jahr verschoben.

**Einigung in der Nürnberger Metallindustrie.**

Nürnberg, 6. Juli. (WZ.) Bei den Vorverhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches in der Großstadtmittelindustrie, die am Montag unter dem Vorsitz des Staatsrates Gasteiger vom Sozialministerium in Nürnberg begannen, kamen die Verhandlungen über den Tarif erneut in Fluß und wurden gestern abend zum Abschluß gebracht. Von Arbeitgeberseite wurden mehrere weitere Tarifverbesserungen zugestanden, so daß der neue Tarif noch gestern abgeschlossen werden konnte. Die Maßnahmen der beiden Parteien hinsichtlich der Arbeitszeit, die Differenzen in den Betrieben hervorgerufen hatten, wurden zurückgenommen. Damit finden auch die Ausparierungen in Nürnberg ihre Erledigung.

**Ausdehnung des Kölner Mühlenarbeiterstreiks.**

Köln, 6. Juli. (WZ.) Die Belegschaft der Germaniamühle Berner u. Wiltsch in Duisburg ist gestern infolge der Lohnstreitigkeiten, die bereits zu einem Streik in drei Großmühlen in Deutz und Rühlheim führten, ebenfalls in den Ausstand getreten. Auch in Düsseldorf sind die Belegschaften verschiedener Mühlen aus dem gleichen Grunde in Streik getreten.

**Schiedspruch für das Buchbindergewerbe.**

Für den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages zwischen den Buchbindern und dem Arbeitgeberverband für die papierverarbeitenden Industriellen wurde im Reichsarbeitsministerium eine Schiedspruch gefällt. Für die Ueberstunden sieht der Schiedspruch einen Zuschlag von 25 Proz. für die über 48 Stunden hinausgehende Mehrarbeit vor.

**Kampfmassnahmen der westfälischen Straßenbahner.**

Eine von 100 Delegierten der am Tarifvertrag für die Straßenbahnen beteiligten Organisationen besuchte Konferenz nahm am 6. Juli in Kettwig a. d. Ruhr im Gewerkschaftshaus zu dem vom Schlichter gefällten Schiedspruch Stellung. Einmütig beschloß die Konferenz die Ablehnung des Schiedspruches, da dieser in seiner Höhe und seiner Befristung bis Ende Mai 1928 völlig untragbar sei. Die Konferenz brachte zum Ausdruck, daß nunmehr vom Arbeitgeberverband auch einmal den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeitnehmer Rechnung getragen werden müsse, nachdem die Betriebsangehörigen jahrelang sich mit schlechten Löhnen und Arbeitsverhältnissen begnügt und so den Betrieben es möglich gemacht haben, sich wirtschaftlich zu erholen. Die Straßenbahner sind, wie der Verlauf der Konferenz zeigte, nicht mehr gewillt, sich ihre Löhne und Arbeitsbedingungen vom Arbeitgeberverband vorschreiben zu lassen; sie sind entschlossen, mit allen gemeinschaftlichen Mitteln eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen.

**Die Internationale der Textilarbeiter.**

Auf der Konferenz der Textilarbeiter-Internationale, die vor kurzem in Stockholm stattgefunden hat, wurden die Vorbereitungen für den im Oktober in Gent (Belgien) stattfindenden internationalen Textilarbeiterkongreß besprochen. Auf dem Kongreß wird, wie wir hören, die Lage der Textilarbeiter in Indien im Mittelpunkt der Beratungen stehen.

**Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.**

Alle Genossen, welche mitwirken wollen bei unseren Festen, kommen heute, 19 Uhr, in der Bühnhalle des Jugendheims Lindenstr. 3 zusammen.

**Abteilungsmitgliederversammlungen, Donnerstag, 19½ Uhr:**

Schwabstr.: Heim Lindenstr. 3, Raumzahl des Vorstands. — Kantstr.: Schule Schulstr. — Nollstr.: Lichtstr. 17, 18, 19, 20, 21. — Ausprache. — Steglitz II.: Heim Lindenstr. 3. — Schöneberg: Schule Lindenstr. — Prenzlauer Berg: Schule Lindenstr. — Schöneberg: Schule Lindenstr. — Prenzlauer Berg: Schule Lindenstr.

Kollplatz: Schule Oberwallstr. 10, Zimmer 11. — Jugend und Elternhaus. — Die Eltern sind herzlich eingeladen. — Schöneberg III.: Heim Hauptstr. 15. — Ziel und Bestrebungen der gegnerischen Jugendverbände. — Prenzlauer Berg: Schule Lindenstr. 3. — Schöneberg: Schule Lindenstr. — Prenzlauer Berg: Schule Lindenstr.

Neukölln V: Alle Genossen, die vom 23. bis 27. Juli eine Ferienfahrt planen, treffen sich Montag abend 8 Uhr im Heim Regattstr. 18 zur Reiseberatung. Wer mitkommen will und am Montag keine Zeit hat, melde sich bei Gb. Lautenbach, Regattstr. 12.

**Briefkasten der Redaktion.**

M. 16. 1. Zahlen Sie Rufen. 2. Belegschaftenarbeiterverband, Berlin, Unterhöfenstr. 15. Die Bestimmungen des Tarifvertrages sind uns nicht bekannt. — G. B. 48. 1. Reut. 2. Ja, der Hauswirt ist berechtigt, das Wasserrecht auf die Mieter umzulegen. — G. B. 48. 2. Sie müssen gegen Ihren geschiedenen Mann Klage auf Herausgabe der von Ihnen in die Ehe eingebrachten Sachen erheben. — O. G. 86. Der Hauswirt ist berechtigt, das Wasserrecht und den Grundbesitz an die Mieter umzulegen. Im Falle der Umlage des Wasserrechtes vermindert sich die geschuldeten Miete um 3 Proz. der Rechenmiete. Die Umlagen haben nach dem Verhältnis der Grundstücke auf die einzelnen Mieter zu erfolgen. — R. R. 777. Sie und Ihre Schwester sind gegen nach Ihre verstorbenen Mutter. — J. R. 101. Ja, erlauben Sie uns Mitteilung einer Berechnung der Kosten.

Eine angenehme Modeschmuck nach der Insel Rügen via Stettin verankert das Reisebüro Westheim. An jedem Sonnabend — die Abreise kann schon mittags 12 Uhr an erfolgen — führt das Programm die Teilnehmer nach Stettin, von wo aus der große neubauartige Seebad „Rugard“ die Bäder nach Sellin oder Vins und am Nachmittag des Sonntag wieder zurück nach Stettin bringt. Der Preis für Hin- und Rückfahrt ab Berlin einschließlich voller Verpflegung auf dem Dampfer und in ersten Klassen, Führung und Trinkgelde beträgt 24 M. Ausführliche Prospekte und Zeitungsberichte im Reisebüro Westheim.

**hunderttausende**  
haben sich überzeugt, daß unsere

# KÖNIG. V. SABA - 4

aus unserer neuen Mischung von Tabaken jüngster Ernte, frisch manipuliert, die wohlschmeckendste, bekömmlichste und leichteste Zigarette ist, die zur Zeit dem Feinschmecker geboten werden kann

**GARBÁTY**

*Stimmen Sie auf das Garbátýband!*





# Abstimmungen im Reichstag.

## Arbeitslosenversicherung und Kriegsgerätegesetz. — Die Deutschnationalen müssen Farbe bekennen.

Der Reichstag überwiegt gestern einen Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen einige kommunistische Mitglieder des Reichstages dem Geschäftsordnungsausschuss.

Die Berichte des Rechnungsausschusses über die Berichte des Reichsschuldenausschusses 1924 und 1925 und die Rechnungen der preussischen Oberrechnungskammer über Einnahmen und Ausgaben des Rechnungshofes des Reiches werden debattelos zur Kenntnis genommen.

Das Haus geht dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Arbeitslosenversicherung fort.

Abg. Thiel (D. Sp.) begründet einen Antrag der Angestelltenvertreter aus den Reihen der bürgerlichen Parteien auf Zulassung der Arbeitslosenversicherungseinrichtungen der Angestelltenverbände und deren Arbeitsnachweise.

Beim nächsten Abschnitt der Vorlage wendet sich

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.)

entschieden dagegen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter mit langfristigen Verträgen und das sogenannte Gefinde aus der Versicherung ausgeschlossen bleiben sollen. Immer wieder sehen wir, daß die Landarbeiter unter Ausnahmegestimmungen gestellt werden. Es ist überhaupt erst der Regierung der Volksbeauftragten zu verdanken, daß die Gefindeordnungen aufgehoben wurden. Es ist eine ganz falsche Auffassung, wie früher immer behauptet wurde, daß es in der Landwirtschaft gar keine Arbeitslosigkeit gebe. Wir verlangen, daß auch die sogenannten Fahrtenfahrer, die zwar keinen eigentlichen Arbeitslohn erhalten, aber trotzdem als Arbeitnehmer anzusehen sind, in die Versicherung einbezogen werden. Wenn unsere Forderung, daß die Landarbeiter allgemein in die Versicherung aufgenommen werden, also auch die mit langfristigen Verträgen, nicht erfüllt wird, so müssen zum mindesten die landwirtschaftlichen Arbeiter, wie unser Antrag will, vor rigoroser Entlassung geschützt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch das sogenannte Gefinde muß durch eine sechsmonatige Kündigungsfrist geschützt werden. Mit Recht wird in einem bayerischen landwirtschaftlichen Organ gesagt: Behandelt und bezahlt eure Arbeiter anständig, dann habt ihr keine Leutenot! Dort wird auch festgestellt, daß das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage weit übersteigt. Das bayerische Ministerium hat 1925 einen Aufruf erlassen, in dem gesagt wird, daß häufig im Herbst die Landarbeiter entlassen werden, weil die Besitzer den Lohn sparen wollen. Aus den vielen Beispielen dieser Art ergibt sich, daß es ganz falsch ist, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgelassen werden. Denn viele Gutsbesitzer haben wohl Geld für Stimmentauf, für politische Beeinflussung der Landarbeiter, für die Bekämpfung des Landarbeiterverbandes übrig, aber wenn es sich um die Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung handelt, dann ist kein Geld da. Aber verlassen Sie sich darauf, rief der Redner zum Schluß der Reden zu, wir werden den Landarbeitern draußen sagen, wo ihre Feinde sitzen. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Stauffenberg (Dnat.) behauptet, in der Landwirtschaft bestehe Mangel an Arbeitskräften, so daß ein Bedürfnis nach Arbeitslosenversicherung nicht vorhanden sei. Die Versicherungsbefreiung sollte sich auch auf die rein landwirtschaftlichen Gärtnereien erstrecken.

Geheimrat Dr. Weiger vom Reichsarbeitsministerium erklärt dazu, die Begriffsbestimmung der Gärtnereien sei ziemlich schwierig. Die Arbeitslosenversicherung rechne den selbstmäßigen Gemüsebau zur Landwirtschaft, aber nicht diejenigen Gärtnereien, in denen Blumenzucht, Pflanzenveredelung usw. getrieben wird. Eine weitere Abgrenzung werde sich aus der Spruchpraxis der Arbeitsämter ergeben.

Abg. Obendief (Komm.) verlangt die Einbeziehung aller Land- und Forstarbeiter und der Kleinbauern und Kleinfischer in die Versicherung.

Abg. Grothwohl (Soz.):

Der nackte Erhaltungstrieb von Staat und Wirtschaft zwingt dazu, den Schutz der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit zu sichern. Würde die Arbeitslosenunterstützung verschwinden, so würde nicht nur das Gesamteinkommen der Arbeiter sinken, sondern auch das Lohnniveau der einzelnen Arbeiter gesenkt werden. Uns genügt die Subventionierung des Reichs an die Arbeitslosenversicherung in der bisherigen Höhe nicht. Wie hoch sie sein soll, wird freilich in klassenmäßiger Weise entschieden, und je nachdem, ob die Versicherung jetzt mit oder gegen die Arbeiterklasse verabschiedet werden soll, wird sich ihr Gesicht gestalten.

Außerordentlich schwierig ist die Auslegung des Begriffs der Arbeitslosigkeit. Unsere Bestrebungen, die vorgesehene Strafbestrafung bei Arbeitsunwilligkeit herabzusetzen, sind leider fehlgeschlagen. Wir wenden uns auch gegen den Zwang zur Pflichtarbeit und beantragen die Streichung des entsprechenden Paragraphen. Es gibt keine Arbeit, die nicht im ordentlichen Arbeitswege erledigt werden könnte. Aus solcher Pflicht können Arbeitsverhältnisse entstehen, die dem Gedanken der modernen Arbeitsverfassung widersprechen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Eine der am meisten unstrittenen Fragen in allen Ländern ist die Behandlung des Streiks. In dieser Frage stehen wir uneingeschränkt auf der Seite der Arbeiter und der Gewerkschaften. Der Verfall soll gegen jede ohne sein Zutun und ohne seinen Willen entstandene Arbeitslosigkeit geschützt werden. Das muß also auch in den Fällen geschehen, wo der Verfall gar nicht an Arbeitsstreiks beteiligt ist. Für die Arbeitslosenunterstützung bei Streik oder Aussperrung darf niemals die Betriebsgemeinschaft als das entscheidende angesehen werden. Der Staat hat auch hier die Verpflichtung, sich des wirtschaftlichen Schwächeren, also des Arbeiters anzunehmen.

Gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet die Herabsetzung der Wartzeit von 13 auf 26 Wochen eine außerordentliche Verschlechterung. Die Bezugsdauer muß auf 52 Wochen heraufgesetzt werden. Was aber soll mit den Ausgesetzten geschehen, wenn die Kriegsfürsorge beseitigt wird? Im

vorliegenden Gesetz sind die Bestimmungen darüber sehr behnungsfähig, wir beantragen eine ganz präzise Fassung.

Die augenblickliche Krise zeigt uns, daß die Unterbringung langfristiger Arbeitsloser außerordentlich schwierig ist. Wir müssen einen Damm gegen die Verelendung dieser Volksgenossen errichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach langen Erwägungen hat sich die Sozialdemokratie auf den Boden der Staffelung der Unterstützung nach Lohnklassen gestellt. Einmal ist diese Staffelung bei allen anderen Versicherungszweigen durchgeführt, außerdem zahlen die Arbeiter ja auch gestaffelte Beiträge und schließlich ist auch unter den Arbeitern die Lebenshaltung noch ganz verschieden. Aber wir verlangen, daß in den untersten Klassen die Leistungen wesentlich erhöht werden. Die Zahl der von den niedrigen Unterstufungen betroffenen Arbeiter ist gar nicht so gering. Aber die Arbeitslosen wollen nicht allein ein gutes Versicherungsgesetz, sondern sie verlangen letzten Endes Brot. (Lebhafte Beifälle bei den Soz.)

Abg. Frau Arendsee (Komm.) lehnt die Einführung von Lohnklassen ab und beantragt einen einheitlichen Unterstützungslohn, der auch bei Streiks und Aussperrungen gezahlt werden soll.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) bezeichnet die Leistungen als unbefriedigend und beantragt die Erhöhung der Hauptunterstützung um 5 Prozent.

Abg. Andre (S.) begründet gegenüber der Kritik der Linken die Sätze der niedrigsten Lohnklassen damit, daß eine Ueberbreitung der Lohnhöhe durch den Unterstützungslohn vermieden werden sollte.

### Einzelabstimmungen.

Die Aussprache wird hier unterbrochen durch die Abstimmungen über die bisher erörterten Abschnitte.

Während der Abstimmungen erläutert der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns den § 22a dahin, daß bei der Stellenbelegung für die Arbeitsämter die Inhaber eines Versorgungscheines nicht ausgeschlossen, aber auch nicht bevorzugt werden sollen.

Die ersten beiden Abschnitte des Gesetzes werden in der Ausschlußfassung unter Ablehnung der Änderungsanträge angenommen.

### Unterstützungsverfahren — Aufbringung der Mittel

Es folgt die Beratung der nächsten Abschnitte, die das Unterstützungsverfahren und die Aufbringung der Mittel betreffen.

Abg. Janisch (Soz.) weist auf die ungenügende Regelung des Unterstützungsverfahrens bei Arbeitern hin, die von Stilllegungen betroffen werden. Der Redner kritisiert dann die in der Vorlage getroffenen Bestimmungen über die Verteilung und Verwendung der Mittel. Leider sind die Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten im Ausschuss abgelehnt worden. Die Geldstrafen, die bei Fortsetzung der gewerblichen Arbeitsermittlung angeordnet werden, sind nicht ausreichend.

Abg. Berch (Komm.) begründet eine Reihe von Änderungsanträgen zu den einzelnen Paragraphen. Der Redner wird zur Ordnung gerufen, weil er den Abg. Aufhäuser der Lüge bezichtigte. Der Rest der Vorlage wird unter Ablehnung der von den Sozialdemokraten gestellten Anträge in der Fassung des Ausschusses mit geringen Veränderungen angenommen.

Dem damit verbundenen Gesetzesentwurf zur Änderung der Reichsversicherungsordnung wird ohne Aussprache zugestimmt.

### Das Kriegsgerätegesetz.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über Kriegsgerät. Ein nationalsozialistischer Antrag, die Vorlage zurückzustellen, bis die vor zwei Jahren versprochene Räumung durchgeführt ist, wird gegen Bäckische und Kommunisten abgelehnt.

Ueber die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, der die unveränderte Annahme des Gesetzes beantragt, berichtet Abg. Dauch (D. Sp.) und gibt dann im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, wonach sie trotz aller Bedenken für das Gesetz stimmen würden.

Präsident Löbe teilt mit, daß von der sozialdemokratischen Fraktion namentliche Abstimmung über das Gesetz beantragt worden ist.

### Abg. Stampfer (Soz.)

Im Dezember vorigen Jahres erreichte die Regierung in Genf die Zurückziehung der Militärkontrollkommission. Dafür mußten die Schleifung der Ostfestungen, ihre Inspektion durch alliierte Offiziere und die Schaffung eines neuen Kriegsgerätegesetzes zugestanden werden. Das Gesetz dient dem Zweck, den der Minister Stresemann mit den Worten ausgedrückt hat: „Entwaffnung bis zur Rachtzeit.“ Dabei spielen auch wirtschaftliche Konkurrenzgründe mit. Man hätte uns gewiß auch die Herstellung von Feil und Bogen verboten, wenn das noch Exportartikel wären, an denen man verdienen kann. Ein Abrüstungsgesetz, das gleiches Recht für alle Völker schafft, würden wir mit Freuden annehmen.

Dieses Gesetz ist aber einseitig, ungerecht und unhaltbar.

Unhaltbar, weil die Entwaffnung fortgesetzt, aus Feinden Freunde, aus Konturrenten Kompagnons werden. Ich kann mir Umstände denken, unter denen die Vertragsgegner auf die Ausführung dieses Gesetzes nicht mehr den geringsten Wert legen würden. (Sehr richtig! links.) Niemand würde hier einem solchen Gesetz zustimmen, wenn wir nicht in einer Zwangslage wären. Die realpolitische Einsicht hat ja hier im Hause rasende Fortschritte gemacht. Selbst die Bäckischen wollen, wie ich aus ihrem Antrag schließe, der völligen Entwaffnung zustimmen, sobald das besetzte Gebiet geräumt wird. (v. Graefe: Das ist doch nicht Ihr Ernst!) Ja, ich kann nicht annehmen, daß Sie Ihren Änderungsantrag nur gestellt haben, um den Deutschnationalen eine Verlegenheit zu bereiten. Einen solchen jüdischen Dreh kann ich Ihnen doch nicht zutrauen.

(Heiterkeit links.) Mit der realpolitischen Einsicht war es nicht immer so.

Vor fünf Jahren wurde Rathenaus Leiche aus diesem Saal getragen.

Am 24. Juni war er ermordet worden. Am 23. Juni hatte Helferich gegen ihn die große Anklage gehalten, die ihn marionettisch und politisch vernichten sollte. Und was war der Gipfelpunkt seiner Anklage? Jene Rede vom 9. Mai 1922, in der Rathenau sich bereit erklärt hatte, sich über zu ergreifende gesetzgeberische Schritte mit der Reparationskommission zu verständigen. In höchster Entrüstung und unter Entrüstungstürmen seiner deutschnationalen Freunde rief er damals aus:

„Das ist die schwerste Verletzung der Souveränität, die ich mir überhaupt denken kann, wenn eine Regierung einer fremden Kommission die Zulage macht, daß sie sich mit ihr über ihre Gesetzesprojekte zuvor verständigen will.“

So damals Helferich. (Stürmisches Hört, hört! links.) Tags darauf war Rathenau eine Leiche. Was Helferich damals sagte, trifft genau auf den vorliegenden Gesetzesentwurf zu. Er bedeutet den Verzicht auf die Souveränität in militärischen Angelegenheiten. Lächerlich, sehr darüber zu reden, ob wir

### Militärattachés im Ausland

haben dürfen oder nicht. Gewiß dürfen wir. Aber man muß doch nicht jede Feste begehen, zu der man juristisch berechtigt ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Annahme des Gesetzes erfolgt nur unter Zwang. Die Ablehnung führt nicht ins Freie. Ins Freie führt nur die gleichmäßige Beschränkung der militärischen Souveränität aller auf dem Weg von Verhandlungen über die Abrüstung. Mit dem Blick auf dieses Ziel haben wir der Postul der Erfüllung, von der dieses Gesetz ein sehr schweres Stück ist, schon früher zugestimmt. Wir (zu den Deutschnationalen gewandt) ändern unsere Haltung in Lebensfragen der Nation nicht nach wechselnden inneren parteipolitischen Konstellationen. Darum werden wir für die Vorlage stimmen. (Lebhafte Beifälle links.)

Abg. Schneller (Komm.) macht den deutschen Rüstungsindustriellen dem Vorwurf, daß sie Tschangolin mit Waffen versorgen. Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.) nennt das Gesetz ein überaus bedauerliches Resultat der gepflogenen Verhandlungen. Es geht noch hinaus über die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Auf der anderen Seite sei dieses bedauerliche Gesetz eine Notwendigkeit zur Fortführung der Restitutionspolitik. Die Demokraten würden diesem Gesetz zustimmen, in der Hoffnung, daß das schwere Opfer nicht umsonst gebracht sein wird.

Abg. Graf Reventlow (Natsoz.) bezeichnet das Gesetz als die zwangsläufige Folge der Verständigungspolitik. Diese Politik hätten die Nationalsozialisten stets bekämpft (Abg. Raht (D. Sp.) Ohne je zu sagen wie man es besser macht.)

Abg. Henning (Bölk.) lehnt gleichfalls das Gesetz ab.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und der Demokraten angenommen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder einmal die Feigheit und die politische Doppelzüngigkeit der Deutschnationalen. Obwohl Dauch im Namen der Regierungsparteien deren Zustimmung erklärt hatte, schloß die deutschnationale Fraktion erst zu den Sozialdemokraten hinüber, ob deren Fraktion sich erhebe. Als sie merkten, daß die Sozialdemokraten dem Gesetz zustimmen, blieben ganze Reihen der Deutschnationalen sitzen, weil sie die Annahme des Gesetzes gesichert glaubten. Ausgeregt erste der deutschnationale Führer Schutz durch die Bänke seiner Fraktion und forderte zum Aufstehen und zur Annahme des Gesetzes auf. Trotzdem konnte er mindestens zwei Dutzend deutschnationale Abgeordnete nicht zur Zustimmung bewegen. Etwas eine noch größere Anzahl deutschnationaler Abgeordneter hatten sich schon vor der Abstimmung gedrückt.

Der völkische Antrag, daß die Vorlage erst nach Räumung des besetzten Gebietes in Kraft treten soll, wird abgelehnt.

Die von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Schlussabstimmung wird auf Donnerstag vertagt.

Um 20½ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 14 Uhr. Dritte Lesung der Arbeitslosenversicherung, namentliche Abstimmung über das Kriegsgerätegesetz, kleinere Vorlagen.

### Der Schwangerenschutz.

#### Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesetz über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft. Dieses Gesetz soll die Anpassung an das Washingtoner Arbeitszeitabkommen in die Wege leiten, aber nicht über die Schutzbestimmungen in den Ländern hinausgehen, die das Abkommen ratifiziert haben, da diese durchweg keine Industriestaaten sind. Die jetzt vorgesehene Regelung soll später in das Arbeitsschutzgesetz übernommen werden, in dem die gesamten Vorschriften über den erhöhten Schutz der weiblichen Arbeitnehmer zusammengefaßt werden. Entsprechend der Absicht Deutschlands, das Washingtoner Übereinkommen zu ratifizieren, ist der Entwurf mit dessen Bestimmungen in Einklang gebracht. Während die Vertreter der Sozialdemokratie weitergehende Verbesserungen für die Frauen forderten, erklärten die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, über den Entwurf nicht abstimmen zu können, da sie zuerst die Entscheidung der Fraktionen herbeiführen müßten.

Im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete teilte die Regierung mit, daß sie sich außerstande sehe, der Entschließung des Ausschusses Folge zu leisten und die Unterstützung der Saargänger wieder aufzunehmen. Ueber diese Stellungnahme sprachen die Vertreter aller Parteien ihr Bedauern aus und verlangten mindestens die Fortzahlung der Fahrgelder. Ein Antrag, der die Fortsetzung der Saargängerunterstützung fordert, sowie ein Eventualantrag, mindestens die Fahrgelder bis zum Ende des Kalenderjahres weiter zu zahlen, wurde einstimmig angenommen. Annahme fand auch eine Entschließung, durch welche die Reichsregierung ersucht wird, bei der bevorstehenden Besoldungsneuregelung die örtlichen Sonderzuschläge für das besetzte Gebiet unbedingt beizubehalten.

# Achtung!

Heute bei günstigem Wetter

am Himmel

„Chlorodont“

# Kampf um das russische Öl.

## Das flüchtige Gold der Sowjets. — Großmächte und Diplomatie des Oels.

Allen Nationen der Welt ist die Sehnsucht nach dem flüchtigen Gold der Erde, dem Petroleum gemeinsam. Jeder Staat wendet große Summen auf, um auf seinem Territorium Erdölquellen zu erschließen, sich unabhängig zu machen von den machtreichen amerikanischen und den russisch-türkischen Ölgebieten. Italien hofft, in Kalabrien ergiebige Quellen entdeckt zu haben, die Itäliken suchen sie in der Siomaki und auch die Deutschen pflegen ihre Quellen von Hannover bis Hamburg, arbeiten mit aller Macht an der Großfabrikation von künstlichem Öl.

### Die großen Konkurrenten.

Das amerikanische Vorkommen ist mit festen Verträgen in der Hand einiger weniger Gesellschaften, die teils rein amerikanisch, teils englisch-holländisch-amerikanisch den Markt beherrschen und eine fast unbeeinflussbare Preispolitik nach eigenem Gutdünken treiben können. Die stärksten Exponenten dieser Erdölmacht sind die „Standard-Oil“ und die „Shell-Company“. Die Besitzverhältnisse auf dem amerikanischen Ölgebiet sind völlig geregelt, der Abhängigkeitsmäßig unter die einzelnen Gesellschaften aufgeteilt. Nachpolitik in Ostfragen ist aber auch dem ehemals so friedlichen Amerika selbstverständlich; nur mit Mühe wurde der offene Kampf um das amerikanische Öl bisher verhindert.

Für Amerika gibt es überhaupt nur einen ernsthaften Konkurrenten auf dem Petroleummarkt, und das ist Rußland! Lange Zeit hindurch hatte das Vorkriegsrußland im Erdölhandel an zweiter Stelle gestanden, unmittelbar hinter den „Vereinigten Staaten“; einmal, vor ungefähr 20 Jahren hatte die russische Produktion sogar die amerikanische auf kurze Zeit überflügelt, und stand an erster Stelle. Der Krieg und besonders die russischen innerpolitischen Wirren hatten die Konkurrenzmacht Rußlands stark gemindert, und auch heute noch sind die Verhältnisse im russischen Erdölgebiet noch lange nicht auf Vorkriegshöhe. Aber schon jetzt, wo wieder die Ansätze zu einer Erhaltung der russischen Erdölmacht zu merken sind, spielen sich im russisch-kaufmännischen Naphthalingebiet die ersten erbitterten Kämpfe ab zwischen den russisch-türkischen Herren und dem vordringenden eroberungslustigen amerikanischen Oelkapital.

Wenn die Amerikaner, aber auch die Engländer, sich so stark an dem russischen Erdölgebiet interessieren, so wissen sie warum und wozu! Das kaufmännisch-kaufmännische Erdölorkommen ist nämlich ein gewaltiges, fast unerschöpflich scheinendes Petroleumbassin, dessen Reichum bisher nur zu einem kleinen Bruchteil ausgehöht worden ist. Auf der anderen Seite interessieren sich die Amerikaner deshalb stark für künstliche Öle, weil ihre natürlichen Vorkommen bald versiegen werden. Die Grenzen des russischen Ölgebietes lassen sich am besten durch ein Dreieck bestimmen, das zwischen den Städten Baku, Baku und Grozny liegt. Und dieses reiche Gebiet befindet sich fast in der Hand der Sowjets, die nicht daran denken, auch nur einen Teil dieses ihnen von der Natur überlieferten Schatzes freiwillig fremden Händen auszuliefern.

### Bedeutung für die russische Volkswirtschaft.

Für Rußland hat dieses Petroleumgebiet immer eine große wirtschaftliche Rolle gespielt. Schon zur zaristischen Zeit war einmal der Versuch gemacht worden, die Ausbeutung in direkte staatliche Regie zu übernehmen, ein Versuch, der allerdings nicht glückte und der bald wieder einer privaten Bewirtschaftung durch Konzessionäre Platz machte. Die Konzessionen wurden einer ganzen Reihe von Gesellschaften auf lange Zeit gegeben. Im Jahre 1916 zahlte man 310 Gesellschaften, deren Vermögen in ihren Bilanzen mit rund 870 Goldmillionen erschien. Stark beteiligt an dem Zustrom fremden Kapitals war, wie überall damals in Rußland, französisches Geld, das heute von den französischen Kapitalisten auf Verlustkonto gebucht werden muß. Die Revolution hat auch im Ölgebiet „aufgeräumt“. Mit den Konzessionären, die nicht zur Zeit sich noch retten konnten, wurde vielfach kurzer Prozeß gemacht. Die Anlagen und Werke wurden beschlagnahmt und zum Staats-eigentum gemacht.

Noch wichtiger, als für die zaristische Regierung, sind die Erdölquellen für die Sowjets! Für sie stellt das Petroleum zunächst den einzigen großen Ausfuhrartikel dar, über den sie verfügen

konnten, um größere Geldsummen ins Land zu bekommen. Wenn die Ausbeute naturgemäß lange Zeit hindurch nicht die Vorkriegs-sitzern erreicht hat, so sind die Sowjets doch imstande, jährlich große Mengen Petroleum auszuführen. In der ersten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1926/27 ist die russische Ausfuhr von Naphthalinprodukten von 826 000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres auf 807 000 Tonnen gestiegen.

Recht amüsant war der Standpunkt, den die Russen bei Verhandlungen über die Vorkriegsschulden mit den Franzosen 1922 in Genua einnahmen. Selbstverständlich lehnten die Russen es ab, getreu ihren revolutionären Prinzipien, die alte Schuld anzuerkennen. (Heute soll sie, wenn Frankreich Kredite gewährt, zum großen Teil anerkannt werden.) Andererseits lag ihnen aber doch daran, mit Frankreich zu einem besseren Verhältnis zu kommen. So stellten sie kurzerhand die Doktrin auf, daß Frankreich sich gemißern an dem russischen Ölorkommen entschädigen sollte, und zwar dadurch, daß es von Rußland Petroleum, das es dringend brauchte, beziehen sollte. Selbstverständlich kam eine Anrechnung dieser Oelmengen auf die Vorkriegsschulden aber nicht in Frage, vielmehr müßte das Öl von Fall zu Fall sofort bezahlt werden. Es wäre dem Franzosen durchaus angenehm gewesen, das Angebot des „Naphthalindis-kals“ anzunehmen, das eine jährliche Lieferung von 100 000 bis 200 000 Tonnen zusagte, aber sie wollten dafür nicht neues Geld ausgeben, sondern verlangten Verzinsung auf die anzuerkennenden russischen Schulden. So zerklüfteten sich die Verhandlungen, bei denen der russische Vorkriegsden Franzosen nur als ein zwar zeitgemäßer, aber schlechter Bih erschien.

### Russische Ölgeschäfte mit dem Ausland.

Einen der ersten Lieferungsverträge schloß Rußland mit Italien ab. Im letzten Jahre war die Aktivität Rußlands für die Förderung des Ölports besonders groß. Mit der Standard-Oil-Co. wurden Lieferungsverträge, besonders für die Belieferung Englands abgeschlossen, wobei England auch eine gewisse Entschädigung für die früheren kapitalistischen Erdölkonzessionäre durchsetzte. England stand überhaupt bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen unter den Diktatoren Rußlands an erster Stelle. Mit dem französischen Marineministerium laufen Verträge zur Lieferung von 170 000 Tonnen im Jahre 1927 und von 215 000 Tonnen im Jahre 1928, denen auch Lieferungen für die Industrie folgen sollen. Die französischen Käufe werden bar bezahlt. Im ersten Halbjahr 1926/27 wurden rund 90 Proz. des russischen Ölports nach europäischen Ländern ausgeführt.

In den letzten Jahren sind die Russen mit großer Energie an den Witterausbau ihrer Erdölantlagen gegangen, die staatlichen Ingenieure sind überall flieberhaft an der Arbeit, die Leistungsfähigkeit der alten Anlagen zu steigern und neue zu errichten. Für die Verarbeitung des Naphthalins werden dabei sowohl ausländisches Kapital als auch ausländische Techniker verwendet. Das Suchen nach neuen Erdölorkommen erstreckt sich fast auf das gesamte Gebiet der Union. In Mailop sind neue große Anlagen entstanden, die sehr produktionsstark zu sein scheinen, in Kaloussago hat man neuerdings Petroleum, allerdings in nicht sehr reiner Form, gefunden, in Wagnessin wurden Brunnen errichtet, in Sachaline, Oukta, Sourahang wachsen die Bohrtürme wie Wälder aus dem Boden. Und auch im Ural, in Dossor und Rokat, hat man mit erfolgreichen Bohrungen begonnen.

Dieses Aufblühen der russischen Erdölproduktion, die ihr folgende Konkurrenz auf dem Weltmarkt, sind sicher auch mit ein Grund zu der scharfen Zuspitzung der außenpolitischen Lage Rußlands. Es geht bei allem Kampf gegen Rußland nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern wie beim Petroleum um äußerst reale Dinge, die im Hauptbuch der kapitalistischen Machtinteressen in der Welt mit Gewinn oder Verlust gebucht werden. So werden auch die Interessenkämpfe im kaufmännisch-kaufmännischen Ölgebiet immer stärker in den Vordergrund der west-östlichen Politik treten und von neuem den Beweis liefern, daß Öl für die Menschheit von heute trotz aller technischen Erfindungen immer noch eine internationale Großmacht ist, mit der zu rechnen jeder Staat in der Welt gezwungen ist!

ihn tatsächlich in Deutschland haben), ebenfalls die deutsche Landwirtschaft im Gegensatz zur ausländischen Konkurrenz schwer belastet. Daß die Intensivierung und ganz besonders auch gerade der Kunstdüngeraufwand die Erträge und damit die Einnahmen der deutschen Landwirtschaft in beträchtlichem Maße gesteigert haben, wird wohlweislich verschwiegen. Die Mehrerträge der deutschen Landwirtschaft betragen aber 3 B. im Jahre 1925 pro Hektar

gegenüber	Woggen in Dtr.	in Warf	Weizen in Dtr.	in Warf
Argentinien.	11,2	288,80	14,0	382,0
Vereinigte Staaten.	9,6	260,60	12,1	300,4

Bei dieser Gegenüberstellung sind die Preise für In- und Ausland gleich angenommen. Würde man die Erzeugerpreise einsehen, so ergäbe sich noch ein bedeutend größerer Einnahmeüberschuß der deutschen gegenüber der ausländischen Landwirtschaft. Ergebnis: einer wissenschaftlich unholzbaren Berechnung der deutschen Mehrkosten von 200 Mark steht eine Mehreinnahme von 230 bis 350 Mark gegenüber! Nach dieser Berechnung wäre also nicht nur jeder Zoll überflüssig, sondern die deutsche Landwirtschaft könnte sogar unter Weltmarktpreis produzieren! Hätte der „kaiserliche Landwirtschaftsachverständige“ nicht „agrarisch“ gedacht, so hätte er nach seiner tiefstehenden Unterordnung viel eher für völlige Zollaufhebung eintreten dürfen.

### Der Mundschneid der Könige in Konkurs.

#### Zum Zusammenbruch der Firma F. W. Borchardt.

Konkurse sind immer unerfreulich, denn sie werfen unschuldige Arbeiter und Angestellte auf die Straße. Wenn aber eine Firma, die sich rühmen konnte, Lieferantin fast aller Höfe und feudalen Kreise zu sein, um sie mit den ausgewählten Delikatesen zu versorgen, Mitte zusammenbricht, so kann auch die Arbeiterschaft solchem Ereignis keine Trän-nachweinen. Ist doch der Zusammenbruch der Reichshandlung F. W. Borchardt fast wie der Urteilspruch einer Zeit, die auch feudalen Schlemmerleuten ein Ende setzen will. Die Firma hat über 500 000 Mark Schulden und braucht 700 000 Mark zu ihrer Sanierung. Aber niemand will sie bereitstellen, denn wer glaubt heute noch an das Wiedererstehen eines Geschäftes, das Austerlitz, Kaviar, Hummern und Champagner nur im großen betreiben will? Die bürgerliche Presse erzählt davon, daß die Borchards in der Zeit des Kaiserreiches reine reiche Leute gewesen sind. Dort frühstückten Bismarck, Hoffstein und andere Diplomaten, aber auch der König von England und viele große Fürstlichkeiten verlagten den Borchardischen Weinstuben niemals ihren Besuch. Eine Gesellschaft am Hofe des Kaisers oder des Czaren war nicht möglich, wenn nicht Borchardt „Rektor und Am-

prosa“ schied. Die feinen Köstlichkeiten zahlten nicht gegen Kaffe, wenn sie etwas kauten und durften auch nicht gemahnt werden; das galt in diesen Kreisen als anstößig. Nur einmal im Jahre, am 1. Januar, schickte Borchardt seinen Kunden die Rechnung ins Haus. Es ist klar, daß ein Geschäft mit derartigen Prinzipien und mit einer derartigen Kundschaf heute leicht gefährdet wird, wo die Kundschaf zwar noch die alten Neigungen hat, aber nicht mehr so bei Kaffe ist wie früher.

### Automobilindustrie und Kraftfahrzeugsteuer.

Die aus der Kraftfahrzeugsteuer erzielten Einnahmen, vom Frühjahr 1924 an gerechnet, geben einen gewissen Anhalt für die Entwicklung des deutschen Automobilverkehrs. Die Steuereinnahmen betragen in den Jahren (gerechnet vom 1. April bis 31. März):

1924/25	51,0 Millionen Mark
1925/26	58,4
1926/27	105,1

Danach haben sich die Einnahmen im letzten Steuerjahr gegenüber 1924/25 mehr als verdoppelt, was, abgesehen von dem Kauf ausländischer Wagen, in Deutschland auch auf eine entsprechende Belebung in der Automobilindustrie schließen läßt. Besonders stark war die Aufwärtsbewegung in den letzten Monaten dieses Jahres. Die Steuereinnahmen betragen:

	1924	1925	1926	1927
April	2,5	4,5	5,3	12,7 Millionen Mark
Mai	2,8	5,0	6,0	14,0

Das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer in den beiden letzten Monaten dieses Jahres hat sich also gegenüber April/Mai 1926 weit mehr als verdoppelt und gegenüber den entsprechenden Monaten 1924 sogar vervünfacht.

Der Kalibfah im Monat Juni. Der Abfah des Deutschen Kalibfahs G. m. b. H. im Juni 1927 betrug 829 488 Doppelzentner Reinfah gegen 828 350 Doppelzentner im gleichen Monat des Vorjahres. Der Gesamtabfah in den beiden ersten Monaten (Mai und Juni) des laufenden Düngejahres betrug 1 259 969 gegen 1 246 469 Doppelzentner Reinfah in den ersten beiden Monaten des Düngejahres 1926/27. Der Abfah in den ersten 6 Monaten des laufenden Kalenderjahres betrug 7 149 655 gegen 6 014 248 Doppelzentner Reinfah in den ersten 6 Monaten des Kalenderjahres 1926. Der große bisherige Mehr-abfah des Jahres 1927 von weit über einer Million Tonnen ist also auch im Monat Juni noch um eine Kleinigkeit erhöh worden.

Die Reichsbahn führt ihr Programm durch. Verbilligung auf der Berliner Stadtbahn. In der Dresdener Verwaltungsratsfahung der Deutschen Reichsbahnfahung wurde beschloffen, das ursprünglich aufgeteilte Beschaffungsprogramm, das Anfang dieses Jahres aus finanziellen Gründen abgebrochen wurde, wieder aufzunehmen, weil insbesondere der Güterverkehr sich sehr günstig entwickelt habe. Für die Durchführung des restlichen Programmes sind damit etwa 120 Millionen Mark bewilligt, von denen 43 Millionen für die Erneuerung der baulichen Anlagen, 34 Millionen für Fahrzeuge und maschinelle Betriebe und 50 Millionen für den Ersatz von Fahrzeugen verwendet werden sollen. Außer einigen Gütertariferhöhungen wurde dem Vorschlag zugestimmt, im Berliner Stadt- und Vorortverkehr die 15-Pennigzone von 7,5 auf 12 Kilometer hinauszuverden. Außerdem soll der Uebergangsverkehr zwischen Stadt- und Ringbahn in der bisherigen Rahzone verbilligt werden. Diese Maßnahmen werden getroffen trotz der erwartenden Erhöhung der Personalausgaben. — In der Kritik der Reichsbahnfinanzen ist also in jeder Hinsicht zu Recht erfolgt. Die Reichsbahn ist nicht nur in der Lage, aus den laufenden Einnahmen die Tarife zu senken, sondern darüber hinaus auch noch das Beschaffungsprogramm voll durchzuführen, wobei mit größter Wahrscheinlichkeit auch jene Restposten nicht angegriffen zu werden brauchen, die die Reichsbahnfahung nach ihrem letzten Abfah neu gebildet hat.

Berlin-Gubener Hulfabrik hat wieder mächtig verdient. Wir hatten bereits kürzlich mitgeteilt, daß die Berlin-Gubener Hulfabrik A. G., Guben, für das Jahr 1926 16 Prozent Dividende zahlte. Aber die 16prozentige Dividende umfaßt offenbar nur einen Teil der tatsächlich erzielten Gewinne. Zunächst konnten nach dem Geschäftsbericht sämtliche Aufwendungen zur Rationalisierung der Betriebe aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, so daß der im Vorjahr zu diesem Zweck verdoppelte Dispositionsfonds nicht angegriffen zu werden braucht. Trotzdem werden auch jetzt aus dem Reingewinn weitere 100 000 Mark diesem Fonds zugeführt. Die bisherigen Einnahmen im Jahre 1927 sind gleichfalls so beträchtlich, daß die Gesellschaft hofft, alle weiteren Rationalisierungskosten gleichfalls daraus zu finanzieren. Damit nicht genug, wird aus dem Reingewinn noch eine Sonderrücklage von 100 000 Mark geschaffen, die, wie im Geschäftsbericht verrieten wird, bei den noch immer nicht völlig überzähligen wirtschaftlichen Verhältnissen als Rückstellungen für eventuelle Schuldnerpleiten dienen sollen. Richtig ist das keineswegs. Wie man aus den Bilanzen schließen darf, sind die Einzahlungen so prompt erfolgt, daß die Bankguthaben um den vierzehnfachen Betrag (von 110 000 Mark auf fast 1,5 Mill. Mark) angewachsen sind. So ist auch wohl die Sonderrücklage nur von dem Standpunkt aus zu betrachten, daß die Gewinne irgendwo untergebracht werden mußten. Einschließlich des gehaltenen Reservefonds von 600 000 Mark betragen die erlenbarten Reiseruven jetzt 1,3 Millionen Mark, das sind 25 Prozent des Aktienkapitals. Das neue Geschäftsjahr beschäufte bisher die Betriebe bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. So wird auch für 1927 eine große Ernte minken.

Neue 100-Millionen-Anleihe der Rentenbankkreditanstalt. Seit längerer Zeit ist bekannt, daß die Deutsche Rentenbankkreditanstalt eine zweite große Auslandsanleihe für die Landwirtschaft aufzunehmen beabsichtigt. Jetzt steht fest, daß der Anleihebetrag mindestens 25 Millionen Dollar, also mindestens ebensoviel wie die erste Anleihe betragen wird. Die Beratungskommission für Auslandsanleihen hat die Bedingungen für die geplante Dollaranleihe geprüft und die Borgenehmigung erteilt. Die endgültige Genehmigung muß von der Reichsregierung erteilt werden.

Sehr Günstiges aus der Maschinenindustrie berichtet die Verwaltung der Frankfurter Maschinenbau A. G., vorm. Potorog & Wittelind. Im neuen Jahre liegt ein Auftrags-eingang vor, der rund 75 Prozent höher liegt als im Jahre 1926. Der Bestand an Aufträgen reicht für drei bis vier Monate aus, die Belegschaf sei um etwa 70 Prozent höher wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Forderungen aus dem laufenden Geschäft seien etwa zweieinhalbmal so groß wie die Verpflichtungen gegenüber den Lieferanten.

Gute Konjunktur im Schuhhandel. Umstellung auf Luxusproduktion. In der Generalversammlung der Konrad Tad u. Cie. A. G. Berlin und Burg bei Magdeburg teilte die Verwaltung mit, daß sich die diesjährigen Umsätze gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um rund 30 Prozent erhöht haben, ohne daß diese Umfahsteigerung die Inanspruchnahme des Bankkredits erfordert habe. Es wurde also nicht nur prompt bezahlt, sondern auch offenbar gut verdient. Bemerkenswert ist die Mitteilung, daß die Fabrikation auf Luxus umgestellt werde, was sich schon im Herbst auswirken dürfte.

Guter Fortgang der deutsch-französischen Verhandlungen. Abbruch zwischen Belgien und Frankreich. Die offizielle Haava-Korrespondenz teilt mit, daß die deutsch-französischen Verhandlungen zum Abfah eines langfristigen Handelsprovisoriums günstig fortgeschritten. Ueber die belgisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wird jedoch von anderer Seite gemeldet, daß es wegen des Widerstandes der belgischen Industriellen gegen den hohen französischen Zolltarif zu einer Unterbrechung gekommen ist, die voraussichtlich lange dauern wird.

## Ein kaiserlicher Sachverständiger.

### Warum Schutzzölle für die Landwirtschaft?

Zu diesem Thema macht ein früherer kaiserlicher Landwirtschaftsachverständiger in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 28. Juni Ausführungen, über deren Primitivität sogar ein Deutschnationaler den Kopf schütteln müßte

Es wird da versucht zu beweisen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht nur im Kampf gegen die ausländische Landwirtschaft benachteiligt ist, sondern daß sie auch wesentlich höhere Inkosten als gemeiner Art zu tragen hat als diese. Es zeugt von einer selbst für die Agrarierpresse auffälligen volkswirtschaftlichen Unberühtheit, wenn die im Verhältnis zu Kolonialländern hohe deutsche Grundrente herangezogen wird, um die Notwendigkeit eines Zolls zu beweisen. Es dürfte doch auch einem Deutschnationalen bekannt sein, daß die Bodenpreise in Deutschland entscheidend gerade durch die Agrarzölle gesteigert worden sind! Doch ist das Argument insich für die agrarische Denart: Der Zoll steigert die Gewinne der Landwirtschaft, dadurch steigen Grundrente und Bodenpreise und dann werden diese gestiegenen „Kosten“ als Beweis für die Notwendigkeit neuer Schutzzölle angeführt.

Aus den Ausführungen seien zur Kennzeichnung des geistigen Niveaus des kaiserlichen Agrarfachverständigen zwei Punkte herausgegriffen. Einmal die Löhne: Der kaiserliche Kritikkreiser, der Amerika gut kennen sollte, da er dort tätig war, scheint nicht zu wissen, daß die Löhne in unserem größten Getreideimportland Amerika wesentlich höher sind als in Deutschland, sonst hätte er diese Frage doch wohl nicht berührt. Daß trotzdem die Arbeitskosten pro Hektar dort geringer sind, als in Deutschland, ist bei der amerikanischen Landwirtschaftsachtechnik nicht verwunderlich. Auf dem großen Maschinenpark, dessen Kosten bei einem Bergleich zu denen des Lohnes dazugezählt werden müssen, beruht auch die größere Produktivität der einzelnen Arbeiter drüben. Außerdem wird die überfehlische Landwirtschaft viel intensiver betrieben als die deutsche. Das muß gelagt werden; denn wenn in dem Artikel geschrieben wird, daß der nordamerikanische Landarbeiter eine 2%, teilweise eine 3%mal größere Leistung aufweist als der deutsche, so könnte diese Behauptung noch zu dem falschen Schluß führen, daß unsere Landarbeiter weniger arbeiten, als ihre amerikanischen Kollegen. Geradezu empörend ist aber, wenn die Unproduktivität der Landarbeiter in Dakota, die sich angeblich zu gänzlicher Alkohol- und Tabakenthatamkeit verpflichtet müssen, den gesteigerten Lebensansprüchen unserer Landbesitzer gegenübergestellt wird. Daß sich unsere Landarbeiter nicht den geringsten Luxus leisten können, weiß jeder.

Neben den Lohnausgaben sollen die hohen Kunstdüngerkosten, die mit 80 Mark pro Hektar angesetzt werden (das würde einen drei- bis viermal so hohen Kunstdüngerverbrauch bedeuten als mit

## Der Großvater und die Läuse.

Von Aulin Speer.  
(Schluß.)

Der schulfreie Nachmittag, an dem meine unrühmliche Rolle in der kuriosen Geschichte von meinem Großvater beginnen sollte, sah uns in der Wildnis der „Türkenschanze“ dem Räuber- und Gendarmenspiel obliegen. Die halbe Prima war allda versammelt und andere Gausbuben, die wir unter uns nur litten, weil sie im Ausdenken von Streichen und Anschlägen unübertrefflich waren. Darunter befand sich der Schandier Pepi, auch „Sonnenstrahl“ genannt, weil er so lang und dünn war, daß er durch die engsten Zäune und über die höchsten Mauern dringen und die besten Kefjel stehlen konnte. Dieser Schandier Pepi war ein verkommener aber geliebter Bursche. Wir beide waren gerade Räuber und saßen in einem feinen Versteck, die Bewegung der Verfolger beobachtend. Da griff sich der Pepi in den Nacken, sagte dort einen unsichtbaren Gegenstand, knurrte: „Hab' ich dich, verfluchter Haarhund!“ und haute ihn kräftig auf die Erde. Wir war der Vorgang nicht gleich klar und ich fragte: „Was ist das, ein Haarhund?“ — „Na, eine Laus halt“, erklärte der Pepi. „Kennst du keine Laus nicht?“ Er hat Läuse! durchfuhr es mich wie Bonneschauer, wieviel Gulden könnte er sich da beim Großvater verdienen! „Warum nennst du sie Haarhund?“ — „Weil sie über den Schädel rennen und beißen.“ Auf so etwas konnte nur der Sonnenstrahl verfallen. Da wurde ein schwarzer Gedanke in mir wach, der die Wahrheit der Sprichworte beweist: Gelegenheit macht Diebe! oder: Schlechte Beispiele verderben gute Sitten!

„Höre, Sonnenstrahl“, sagte ich, „du darfst deine Haarhund nicht auf die Erde hauen. Ich laufe sie dir ab.“ Der Pepi war viel zu geliehen, als daß er sich nach dem Grund meines Bedarfes erkundigt hätte. Er dachte sich wohl: wenn einer Läuse kaufen will, muß er sie dringend brauchen, und fragte darum nur: „Wieviehl zahst du?“ — „Für das Stück ein Fünferl; aber du mußt sie zuerst umbringen, auch darfst du meinem kleinen Bruder nichts sagen.“ Er überlegte eine Weile, als könnte er sich um ein Fünferl für das Stück von seinen Haarhunden nicht trennen. Dann versprach er mir noch heute ein Stück auszuliefern.

Richtig trug ich am Abend einen umgebrachten Haarhund, sorgfältig in Papier gewickelt und in der Rocktasche verwahrt, nach Hause. „Soll ich dir wieder auf dem Kopf nachschauen, Großvater?“ fragte ich am nächsten Tag. Der Großvater war gleich dabei und setzte sich nieder. „Bekomme ich auch einen Gulden, wenn ich eine Laus finde?“ — „Ja, den bekommst du.“ Nun begann ich, die Laus zwischen den Fingerspitzen haltend, Großvaters schönes Haar zu durchwühlen. Mein kleiner Bruder war auch da und half dabei. Wir suchten eine Weile, bis ich mit dem Geschrei: „Ich hab schon eine! Ich hab schon eine!“ den umgebrachten Haarhund des Schandier Pepi dem Großvater vor die Augen hielt. Der alte Herr war weder erschreckt noch erstaunt. Für ihn stand es fest, daß er über und über verkauft sei, und er empfand es daher als Genugtuung, mit der ersten Strecke des Ungehefers zu Vater gehen zu können, der noch gestern verflucht hatte, ihm die Läuse auszureden.

Ich bekam meinen Gulden und rannte schleunigst zum Sonnenstrahl, um neue Ware einzukaufen. So ging es ein paar Tage lang; ich hatte schon sechs Gulden in der Sparschneise. Da schickte mein kleiner Bruder zu mir und sagte: „Wie kommt es, daß immer nur du die Läuse findest? Ich möchte auch einmal eine Laus finden.“ — „Kranke dich nicht“, versuchte ich ihn zu trösten, „ich werde dir zwei Gulden schenken, damit du auch etwas hast.“ — „Die zwei Gulden mag ich nicht“, meinte der Kleine, „ich möchte lieber eine Laus finden.“ Der Großvater sagt, ich sei ein Dummkopf und taue nicht fürs Leben, weil ich noch keine gefunden habe.“

Er tat mir leid und da ich seinen Ehrgeiz, in nichts hinter mir zurückzutreten, wohl konnte, weichte ich ihn in mein Geheimnis ein. „Der Großvater hat gar keine Läuse“, erklärte ich, „er bildet es sich bloß ein. Weil es ihm aber Freude macht, müssen wir ihn dabei lassen. Ich verkaufe dir zwei Läuse, jede um ein Zehnerl. Du mußt sie zwischen die Fingerspitzen nehmen, so, daß es der Großvater nicht merken kann, und erst eine Weile suchen, ehe du schreist. Versteht du das?“ Er geriet über meine Kühnheit ganz außer sich und meinte, was Vater wohl dazu sagen würde. Schließlich aber drängte ihn der beleidigte Stolz, dem Großvater seine Lebenstauglichkeit zu beweisen und er verlangte sofort eine Laus zu bekommen. Da er jedoch kein Zehnerl besaß, mußte ich sie ihm kredittieren.

Bei der nächsten Kopfschau war er rot und ausgeliegt. Er gab unentwegt acht, wie ich es machte, und hielt die Laus, obwohl sie umgebrocht war und sicherlich nicht ausgerissen wäre, krampfhaft zwischen den Fingerspitzen, so daß er sich jeden Augenblick verrotten konnte und alles auf dem Spiele stand. Plötzlich trod er wie ein Krebs auf dem Fußboden und unter Großvaters Stuhl herum. „Was suchst du denn da?“ fragte der Großvater. „Meine Laus ist mir heruntergefallen“, erwiderte mein Bruder, „aber ich werde sie gleich finden.“ — „So, so?“ meinte der Großvater, schöpfte jedoch weller keinen Verdacht, als die Laus wirklich gefunden war und er mit ihr zu Vater gehen konnte.

Am nächsten Tag kam es zur Katastrophe. Großvater war zur gewohnten Zeit der Kopfschau ausgegangen und erst abends zurückgekehrt. Niemand hatte eine Laus zur Hand, denn es stand nicht zu erwarten, daß er sich noch würde nachschauen lassen. Da rief er unvermittelt: „Heute beißt es mich fürchterlich! Kommt schnell, da hinten muß eine sitzen!“ Mein Bruder nun, der solchen Lagen nicht gewachsen war, sagte in seiner Herzenseinstalt: „Ich habe meine Laus nicht bei mir, ich muß sie erst holen.“ — „Erst holen? Da, woher holst du sie denn? Ich glaube gar, ihr zwei Lausbuben.“

So wurde alles entdeckt. Was nun folgte, sei verschwiegen. Eine gute Folge aber hatte mein Streich doch gehabt: der Großvater war geheilt. Die sechs Gulden nahm er mir wieder ab, um sie einem „würdigen Knaben“ zu schenken. Dafür gab er mir sechs Fünferln — das war der Selbstkostenpreis für des Schandier Pepis Haarhund — denn er brachte es nicht über sein gutes Herz, daß ich nebst dem Spott auch noch den Schaden haben sollte. Das ist die Geschichte vom Großvater und den Läusen.

## Pans Vermächtnis.

Kulturgeschichtliche Plauderei über die Flöte.

In der ersten Aufführung des simonischen Chorwerks „Der Sonnegerist“ von F. Klose, die in Wien im Juni 1919 stattfand, war der Zuhörer überrascht, unter den Blasinstrumenten eine Flöte von ganz eigenartiger Klangwirkung zu hören. Es war das Altsiphon, eine Baritonflöte, deren Konstruktion von dem Instrumentenmacher Elbisch in Mailand verfertigt war. Eine keltische, fremdartige Stimmung ging von ihren Klängen aus, es war, wie

## Hamlet, Akt V, 1.



**Hamlet:** „Wie lange liegt wohl einer in der Erde, ehe er verfault?“  
**Erster Totengräber:** „Mein' Treu, wenn er nicht schon vor dem Tode verfault ist, so dauert er Euch ein acht bis neun Jahr aus. Hier ist ein Schädel, der Euch dreiundzwanzig Jahr in der Erde gelegen hat.“  
**Inspizient (hereinstürzend):** „Halt, nicht weiterspielen! Der Berichtstatter der „Roten Fahne“ notiert bereits die Knochenfunde!“

wenn in weiter Ferne ein fremdes Land aufsteige, das heute nur noch in der Geschichte lebendig ist, das aber einst, vor Jahrtausenden, blühte und leuchtete. Keltische Menschheitsgeschichte wurde zur Gegenwart, an Stelle Europas herrschte der ferne Orient, die Sphing Äthen. Und während moderne Instrumentalmusik vorüberzogen, zwangen die geheimnisvollen Flötenklänge den Menschen des 20. Jahrhunderts immer stärker in ihren Bann. In der seltsam verzweigten geschichtlichen Entwicklung gingen die Stimmen untergegangener Völker an zu sprechen, wiederholte sich das ewige Naturgesetz vom Werden und Vergehen der Kulturen.

Ofis, der Herrscher über Leben und Tod, der Gott des Welanges und der Musik, brachte der Sage nach die ägyptische Flöte auf die Erde. Aus Schilfrohr oder Tierkadaver, bald in längerer, bald in kürzerer Gestalt, als Lang- und Querflöte ist das Instrument auf den alten Grabdenkmälern abgebildet. So zeigt das Grabrelief von Gizah 8 Flötenspieler, die bei den Klängen ihrer langen, schief zu Boden gehaltenen Instrumente einen Toten zur letzten Ruhestätte begleiten. In einer Fülle von Gestalten kennt Japan und China, Persien und Arabien, Phönizien und Phrygien das Instrument der Trauer. In Griechenland erzählte der Volksglaube, die Göttin Athene habe aus einem Hirschknöchel die erste Flöte verfertigt. Es war eine Langflöte, deren eines Ende als Rundstück diente. Von aber, der Gott der Träume und Weissagungen, der Beschüher der Jäger und Hirten, schuf die Panisflöte, das Lieblingsinstrument des griechischen Hirten. Auch die Querflöte wurde in den griechischen Kulturkreis aufgenommen, aber sie spielte im Vergleich mit anderen Flötenarten eine untergeordnete Rolle. Erst nachdem das römische Weltreich verfallen war, erscheint die Flöte im byzantinischen Kulturkreis. In Deutschland, wo sie jedenfalls durch die Kreuzfahrer bekannt geworden war, ist sie eins der vornehmsten und beliebtesten Instrumente der Renaissance. Prätorius, der Theoretiker des 17. Jahrhunderts, erzählt von Dolantenor, Alt- und Bassflöten, die damals in Gebrauch waren. Johann Sebastian Bach hat die Schnobelflöte, die nach Art unserer Klarinette geblasen wurde, in seinen Brandenburgischen Konzerten verwendet, wie sie auch heute in seiner Kammermusik heranzog. Die Querflöte trat dagegen bis um die Wende des 17. Jahrhunderts hinter ihrem Schwesterninstrument zurück. Es ist wohl nicht zuletzt dem Einfluß des berühmten Flötenlehrers Friedrich II. zu danken, daß das Spiel der Querflöte im 18. Jahrhundert zu hohen Ehren kam. Quant war ein ausgezeichnete Musiker, der das Instrument wesentlich verbesserte. Der König ließ zur Herstellung seiner eigenen Flöten, die nach dem Prinzip seines Lehrers gebaut waren, eine Anzahl von Ebenholzstämmen aus dem Ausland kommen. Für jede Flöte bezahlte Friedrich 100 Dukaten. Sein kostbares Instrument bestand aus Bernstein mit goldenen Beschlägen. Quant ist als der eigentliche Begründer der Flötenliteratur zu betrachten. Außer seinen vielen Sonaten hat er gegen 300 Konzerte geschrieben.

Auch Haydn schätzte die Flöte außerordentlich. Sehr feinsinnig ist der kleine Satz für drei Flöten in der „Schöpfung“, wie auch die Nachahmung des Zirpens einer Grille durch das Zusammenspiel zweier Flöten in den „Jahreszeiten“. Zu den schönsten Flötenkompositionen aber gehören die beiden Flötenkonzerte von Mozart mit ihrem melodienreichen und ihren herrlichen Mittelstücken. Ebenso hat Mozart in seinen Orchesterwerken der Flöte einen bedeutenden Platz angewiesen. In unserer heutigen Zeit stellt vor allem Richard Strauss der Flöte als Orchesterinstrument interessante, aber auch technisch schwierige Aufgaben. Bemerkenswert ist endlich, daß Felix Weingartner die Altsflöte des 17. Jahrhunderts zu neuem Leben erweckte, indem er sie in seiner Sinfonie „Die Geißel der Seligen“ erfolgreich verwendete.

So ist das ästhetisch so bescheidene Instrument das Ergebnis einer Fülle von Entwicklungsstufen. An seinem Werden haben viele Völker, haben unzählige einzelne Mitgearbeiter. Aus seiner technischen Vervollkommnung spricht die Geistesarbeit der Jahrtausende, die von der weichen Tongebung Ägyptens bis zum harten Metall der Antike, die Schmelzflöte Europas.

Dr. E. V. Möbus.

## Straße im Arbeiterviertel.

Von Albert Zimmer.

Ein vertrocknetes, dürres, schwindbüchsiges Bäumchen versucht gequält die Existenz des den Augen wohlthuenden Grüns zu demonstrieren. Wie ein verhungertes rachitisches Proletarierkind streckt es seine dünnen Arme nach dem kalten Blau des Himmels, bittend und stöhnend. Eingekleidet zwischen grau getünchten Mietskasernen vermag es kaum Luft zu erhaschen zum Atmen. Ausgetrocknet von Hitze ist der trachtig-brüchige kleine Kreis Erde, den man den absterbenden Wurzeln lassen zu müssen glaubte. Mitleidlos legt sich der Asphaltboden mit herabstem Griff um die kaum tellergroße erdene Lebensbasis. Hunde kommen ab und zu und verrichten ihre Bedürfnisse am Stämmchen, das etwas aufzuatmen scheint bei solcher Huldigung. Wie das Bäumchen hat die Straße ein sterbendes Ansehen. Dokumente des Elends scheinen die aus nüchtern zementierten Balkenform anstrebenden Vorsprünge schlief herunterbaumelnden

knackig bunten Bäckestücke. Melancholisch schaukeln sie und singen die Clegie vom martierenden Kampf ums tägliche Brot, wenn ein wenig Wind sich erbarmt, die aus kleinen Fenstern und Läden dringende muffige, verbrauchte, schwelgige Luft weiter in die Stadt hinein, zu den schönen Häusern und blumenbeplanten Vorgärten zu befördern.

In Sonnenglut wölbt sich der Asphalt, wird weich und riecht wie verbranntes Gummi. Flackgelbe Plakate wirft die Sonne darauf. Zerlumpte Kinder matscheln barfüßig mit schillichem Behagen auf der stimmernden Teermasse, lachend, wenn die Füße freizubekommen ihnen nur mit Mühe gelingt, wobei sie sich gegenseitig anzustößen trachten.

Sind sie dieses Spiels müde, so legen sie sich nebeneinander auf den Bordstein des schmalen Trottoirs und lassen die knochen Körperchen von trockener Steinhitze durchrieseln und schauen verlangend zu den gelben und roten Vimonadenflaschen im gegenüberliegenden Gemüseladen.

Manchmal geht eine gutgekleidete Frau vorüber. Dann erst legen die Kinder deutlich die billigen Rattumräder und Wollkugeln ihrer Mütter, und nebenbei kalkulieren sie insgeheim, wieviel Vimonaden wohl die Kinder der reichen Leute am Tage trinken können.

Hat einer ein paar Pfennige in der Tasche, so beraten sie minutenlang, was zu kaufen am vorteilhaftesten sei. Reist einigen sie sich auf billige Droschbonbons, die sie sehr ökonomisch und genießerisch ganz langsam abschlecken. Dabei macht es gar nichts aus, wenn ein Bonbon auf den Boden fällt und eine Schicht grauen Asphaltstaubes mit in den Magen kommt.

Ab und zu ruft eine Mutter ihr Kind herauf. Alle Kinder haben eigenartig klingende Namen. Die verschiedenartige Dehnung meist nur eines hörbaren Vokals, die Höhe der rufenden Stimme, das Herrlich-Verbitterte oder Klagen-Weiche, das Schril-Kurze oder Barmend-Unheilvolle und das Ziehen der einzelnen Silben lassen die Kinder sofort erkennen, welches von ihnen gerufen wird. Sie haben dafür ein feines Gehör.

Halten es die Kinder vor Hitze nicht mehr aus, so erbettelt sich einer, der durch Stimmenmehrzahl dazu ausersehen ist, von irgendwem fünf Pfennige und holt beim Gemüseladler gegenüber dafür eine Stange Patrike. Schnell wird eine Flasche aufgetrieben, mit Wasser gefüllt und der komprimierte Sühholzsafte darin aufgelöst, bis sich das Wasser dunkelbraun gefärbt hat. Dann nimmt jedes einen kräftigen Schluck. Vorher wird die Flasche solange geschüttelt, bis dicker braugelber Schaum sich bildet, der alle Süße in sich aufnimmt.

Haben die Kinder sich sattgetrunken am braunen Saft und ist noch ein Pfennig übrig, so springt eines hinüber in den Laden und kauft dafür eine Spinnflange, die Farben hat wie ein Regenbogen. Gleich wird sie in gleiche Stücke geteilt. Dann werden Zeigefinger und Daumen mit Speichel befeuchtet, und durch geschickte Manipulation der Finger entstehen feidenartige Fäden, die um den Nagel des Daumens der anderen Hand gewickelt werden, bis er ganz überzogen ist von einer schillernden, dicken Schicht Fäden. Ist diese Spinnerei beendet, so legt jedes seinen Daumen, wie ein Säugling behaglich schmahend, ab, denn die klackartige Rasche schmeckt süß wie Honig. Es ist eine weisse Defonomie in den Proletarierkindern, eine Methode für spätere restlose Ausnutzung aller Dinge und ein Wissen um den Wert des Kleinsten.

Abends, wenn die Sonne lange Schatten auf den Asphalt legt, wenn die Bäter heimgekommen sind mit ihren Ehehältern und Haken und Hölzern, wird ein Kind nach dem anderen heraufgerufen. Und tot liegt die Straße da. Das Bäumchen beginnt zu trösten. Die Wäsche wird hereingetragen. In den Häusern wird allmählich alles ruhig. Der Schlaf beginnt.

Manchmal sieht noch ein Arbeiter am Fenster und trinkt ein Glas Bier und träumt von Lohnerhöhung und besseren Rädeln. Und ein Grammophon plärrt aus irgendeinem Loch nicht mehr anzuhörende, alte Schlager. Ein Kind heult auf, das Prügeln bekommt für die von der Mutter dem Vater gemeldeten Vergehen während des vergangenen Tages.

Dann ist alles dunkel auf der Straße. Nur eine Gastlerner Kacker neben dem vertripelten Bäumchen. Ein Liebespaar wandelt Arm in Arm ins nahe Feld. Früh ist für das Arbeiterviertel die Nacht da. Früh beginnt der Tag, das Schufeln, Hoffen und Träumen, das Spiel der Kinder, das immer gleiche graue Bild.

**Gerüche der Städte.** In Paris ist gegenwärtig eine von der Regierung eingesetzte „Kommission der Gerüche“ an der Arbeit; sie hat Lustproben aus den einzelnen Vierteln der Stadt entnommen, die jetzt im Laboratorium auf die Verunreinigungen, die sie enthalten, untersucht werden. Zu Beginn ihrer Arbeit hat die Kommission die Vorarbeiten auf diesem Gebiet, die in anderen Städten geleistet worden sind, geprüft und dabei u. a. festgestellt, daß z. B. Veningrad ebenso wie das alte St. Petersburg hauptsächlich nach alten Stiefeln riecht, Rom nach Käse, Venedig nach faulem Wasser. Am erfreulichsten Geruch steht Sevilla, dessen Luft fast das ganze Jahr nach Orangenblüten duftet.

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**  
Einblendungen für diese Rubrik sind  
Berlin S W 68, Lindenstraße 2.

3. Kreis Wedding, Freitag, 8. Juli, pünktlich 19 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle. — **Arbeiterwohlfahrt:** Freitag, 8. Juli, findet die Besichtigung des Altersheims im Dach statt. Die Gesonnenen und Genossen, die daran teilnehmen, treffen sich umfassen 12 1/2 und 14 Uhr auf dem Bahnhof Buch unten. Die Besichtigung erfolgt durch die Betriebsarbeitsgemeinschaft.
  6. Kreis Kreuzberg, Freitag, 8. Juli, 20 Uhr, bei Krüger, Grimmstr. 1, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes.
  7. Kreis Charlottenburg, Freitag, 8. Juli, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim Rosenstraße 4, Sitzung des Bildungsausschusses.
  11. Kreis Schöneberg-Teichmann, Deute, Donnerstag, 7. Juli, 19 1/2 Uhr, findet im Stadtcafe ein Werbegesang der Arbeiterlänger des gesamten Bezirks Westen statt. Die Gesonnenen und Genossen werden gebeten, sich an der Veranstaltung zu beteiligen.
  14. Kreis Neukölln, Vor dem Jahlabend findet eine erweiterte Kreisvorstandssitzung nicht statt.
  20. Kreis Reinickendorf, Sonnabend, 9. Juli, feiert die 129. Abt. Fegel das Fest des 25jährigen Bestehens des Wahlvereins Fegel im Lokal „Alter Krug“, Dausstr. 11. Der Kreisvorstand wie auch die übrigen Abteilungen des Kreises sind hierzu eingeladen und bitten wir um recht rege Beteiligung. Anfang 20 Uhr. — Die nächste Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes findet am Montag, 10. Juli, 19 Uhr, statt.
- Seite, Donnerstag, 7. Juli:
21. Abt. 19 1/2 Uhr bei Kroll, Uirechte Str. 21, Kaffeerevision.

**Morgen, Freitag, 8. Juli:**

3. Abt. 19 1/2 Uhr bei Krüger, Engelstr. 22, wichtige Funktionärsitzung. Erweitertes förmliches Funktionäre ist dringend erforderlich.
28. Abt. 20 Uhr bei Barthel, Friedenstr. 88, Funktionärsitzung. Alle Bezirksleiter müssen erscheinen, da Materialausgabe erfolgt.
- Neukölln, 29. Abt. 19 1/2 Uhr bei Grottel, Ganderstr. 10, Vorstand- und Funktionärsitzung. — 30. Abt. 19 1/2 Uhr bei Schabitz, Weichstr. 9, Funktionärsitzung. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein. — 37. Abt. 19 1/2 Uhr bei Krüger, Emser Str. 86-87, Ecke Reichestr. wichtige Sitzung förmlicher Funktionäre.
103. Abt. Oberkassiererei, 19 1/2 Uhr bei Imberg, Wilhelmstr. 34, wichtige Funktionärsitzung.
- 128./130. Abt. Pantow, Die angelegte Funktionärsitzung am Freitag fällt aus.

**Jungsozialisten.**

- Gruppe Urenauer Berg: Deute, Donnerstag, 20 Uhr, im Jugendheim Danziger Str. 62, österreichischer Dichtabend. Vortragender Genosse Herzling.
- Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Gruppe Engelstr.: Sonntag, 10. Juli, Wanderung nach Teitow-Reudelsberg. Treffpunkt um 7 1/2 Uhr vor dem Gewerkschaftsbaus. Kinder der Parteigenossen willkommen.

**Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation**

47. Abt. Unter langjähriger treuer Genosse Fritz Reubeder, Rappiner Str. 160, ist am Montag, 4. Juli, nach langem schweren Leiden verstorben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Einsegnung heute, Donnerstag, 7. Juli, 19 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Riefelstraße. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen um recht zahlreichere Beteiligung.

**Vorträge, Vereine und Versammlungen.**

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**  
Gesellschafts-Keller: Berlin S 14, Seebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.  
Freitag, 8. Juli, Weihenzer: 20 Uhr Leben der Spieltheater Genert Baum, Baumschulenweg: 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Bogemann, Vorplatz des Ram. Dr. Kierndorf. Hermannstr.: 20 Uhr Versammlung, Schürle Str., Berlin, Ecke Bahnhofsbrücke, Erscheinung unbedingt notwendig.  
Freitag, 8. Juli, Pantow (Kreis): Erweiterte Vorstandssitzung 18 Uhr bei Mees, nicht am Freitagabend, Kollertal: 20 Uhr Versammlung bei Müller am Bahnhof, Erscheinung ist Pflicht. — Sonntag, 10. Juli, Wedding: 12 1/2 Uhr Antreten Abt., Gefundenbrunnen, Rohet nach Frohnau, Teilnahme an der Fahnenweihe in Hermannsdorf. Die Teilnehmer an der Verfassungstreffen in Leipzig werden sich umgehend beim Ram. Müller, Uirechte 12, Bahndamm 6 R. Pantow (Kreis): 12 Uhr Nordbahnhof Pflichtantreten mit Landourterpa zur Fahrt nach Frohnau.
- Arbeiter-Abendbesuch-Bund, Gruppe Wedding, Donnerstag, 7. Juli, 8 Uhr,** im Jugendheim Schönstedtstraße, Eingang Drehtische, Gruppenabend. Genosse Kubat spricht über Alkohol und Strafrecht. Gönne willkommen.
- Verein für Einheitskassiererei zu Charlottenburg, Freitag, 19 1/2-21 1/2 Uhr,** Anfänger-, Fortgeschritten-, Redeführer-Lehrgänge, Simons-Obersteilquair, Schloßstr. 71.

**Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend**  
(Nachtr. verb.) Heilig bis heiter und weiterhin warm mit Bewölkernigung. Für Deutschland: lieberall Bewölkernigung bei wenig geänderten Temperaturen.

**Großer Saison- AUSVERKAUF in fast allen Abteilungen**

**Beginn 1. Juli Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise vieler Waren in drei bekannt guten Qualitäten**

Steppdecken 11 <sup>75</sup> <small>Satin, weinrotlich</small>	Pa. Velours-Teppich große Musterauswahl, Größe ca. 170 x 240 cm, jetzt 48 <sup>00</sup> ca. 72 <sup>00</sup> ca. 115 <sup>00</sup> <small>300 x 300 jetzt 350 x 350 jetzt</small>	Ba. Wachsstock-Barchent 1 <sup>95</sup> <small>schöne Muster, 100 cm, Meter</small>
Badebovengen 60 <small>Größe ca. 45 x 50 cm</small>	Teheran-Teppich extra schwer, Maschinenemysna, u. Fransen, Größe ca. 200 x 300 cm, jetzt 64 <sup>00</sup> ca. 96 <sup>00</sup> ca. 128 <sup>00</sup> <small>250 x 300 jetzt 300 x 400 jetzt</small>	Wachsstockdecken 95 <small>abgepasst, Gr. 60 x 90 cm, Stück</small>

Kinder-Kleidung		Damen-Kleidung		Herren-Kleidung									
<b>Einknopfanzüge</b> 2 <sup>95</sup> <small>aus gutem Waachrips, in schönen Farben, für 2-4 Jahre</small>	<b>Kinder-Kleider</b> 3 <sup>90</sup> <small>aus bedrucktem Vollvoile, hübsch garniert, für 2-5 Jahre</small>	<b>Mädchen-Kleider</b> 4 <sup>90</sup> <small>aus Waachungsgelbe, reizend verarbeitete, für 2-3 Jahre</small>	<b>Gervierkleider</b> 4 <sup>25</sup> <small>mit weissem Kragen und Aermelaufsatz</small>	<b>Haus- und Gartenkleider</b> 1 <sup>95</sup> <small>an</small>	<b>Ein Posten Westen</b> aus Waachkrepp, armellos, in mehreren Farben, früher bis 6 <sup>30</sup> jetzt 3 <sup>90</sup>	<b>Ein Posten Djalumper</b> moderne Form, mit reich Faltenarbeit, besonders preiswert 5 <sup>90</sup>	<b>Ein Posten Summer</b> aus Bastselde, m. lang. Aermeln u. Kransen, fein sämchenbar, früh, bis 15 <sup>50</sup> jetzt 9 <sup>75</sup>	<b>Kleider aus Crêpe de Chine</b> in schönen Farben, feuchte Form..... 19 <sup>50</sup>	<b>Frauen-Kleider</b> reinesid. Foulard, dunkle, dezente Must., auch in gross. Weiten 29 <sup>50</sup>	<b>Ein Posten Röcke</b> 5 <sup>90</sup> 7 <sup>90</sup> 9 <sup>50</sup> <small>in reinwollenen Qualitäten</small>	<b>Herren-Anzüge</b> 39 <sup>00</sup> <small>in guten Strapazierqualitäten, Sotte Masier, zum Teil auch Sportanzüge</small>	<b>Gummimäntel</b> 19 <sup>50</sup> <small>für Herren, mit Stoffbezug, gute Qualität, neue Muster, elegante Regiaform</small>	<b>Windjacken für Herren</b> 9 <sup>90</sup> <small>gute, imprägnierte Qualität, moderne Sportform, jetzt</small>
				<b>Morgeneidie</b> 2 <sup>95</sup> <small>aus baumwollenem Masselin, feuchte Form</small>									
				<b>Morgeneidie</b> 4 <sup>90</sup> <small>aus gutem baumwoll. Masselin, in schöner bunter Anwirk., m. einfarb. Schal u. Aermelaufsätzen</small>									

**HERMANN TIETZ**

- Theater, Lichtspiele usw.**
- Staats-Theater** Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 1/2 Uhr: **Die Macht des Schicksals**
  - Deutsches Theater** Norden 10334-37 8 1/2 U. Ende 10 1/2 U.: **Der Hexer**
  - Die Komödie** Bismarck 2414/7516 8 1/2 U. Ende 10 Uhr: **Der keusche Lebemann** Sommerpr. 3-10 M.
  - Theat. z. Holländerpl.** Kurfürst 2091 Täglich 8 1/2 Uhr: **Der stürmische Lachertag**
  - Fußballkönig**
  - Metropol-Theat.** Täglich 8 1/2 Uhr: **Glück in der Liebe**
  - Thalia-Theater** Täglich 8 Uhr: **Wenn der junge Wein blüht**
  - Lustspielhaus** 8 1/2 Uhr: **„Der Apfel“**
  - Volksbühne** Theater am Bülowplatz Täglich 8 Uhr: **Zu ebener Erde und erster Stock**
  - Lessing-Theater** 8 1/2 Uhr: **Eugen Klopfer mit seinem Ensemble Abgemacht - Kub!**
  - Th. Königgrätz. St.** Hasenheide 2110 8 Uhr: **Die Schule v. Uznach**
  - Komödienhaus** Norden 6304 8 Uhr: **Weiße Fracht**
  - Theater des Westens** Nur noch 4 Tage 8 1/2 Uhr: **Zum 50. Male Heinrich Heines erste Liebe**
  - Theater am Kottb. Tor** Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr: **Elite-Sänger** Neues Programm

**Donnerstag, 7. Juli**  
Das größte Musikereignis Berlins 1927.  
**Wettstreit zwischen 5 Kapellen Massenkorzert 250 Musiker**  
FEUERWERK  
Eintritt 1 Mk. — Ehren- u. Freikart. 50 Pf. Zuschlag

**Der glückliche Besitzer eines OPEL**  
Rades spart das Fahrgehalt!  
Nur 3 Mk. wöchentlich  
**SHERLOCK**  
m. b. H. Berlin N. 54 Hackescher Markt 2-3 Tel. Norden 471-43

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: **Berlins einzigste Revue: Streng verboten!!!**  
Die Revue der vertriebenen Liedschafften!  
Ueber 200 Mitwirk. / 5 Balletts.  
Vorverkauf u. d. Theaterkasse ab 10 Uhr kostenfrei.

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger**  
Eine Hochzeit in der Müllerstr. 16. 7-31. 7. Gastspiel der berühmten Dresdener Viktoria-Sänger  
**Dönhoff-Brettli:** Varieté, Konzert, Tanz

**WINTERGARTEN**  
**Yvette Girard**  
mit dem Karikaturen-Ballett und die  
**11 Juli-Novitäten 11**  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet

**Wahlia - Theat.**  
Werbetage  
Täglich 8 1/2 Uhr: **Adam auf Abwegen**  
Schwank in 3 Akten von Otto Schnel  
Das Tollste vom Tollern  
Parkett statt 4 Mk. nur 60 Pfz., auch Sonntags.

**Rennen zu Hoppegarten**  
Donnerstag, den 7. Juli  
nachmittags 3 Uhr

**Berliner Ulk-Trio**  
Neukölln. Lahnstr. 74/75 I  
„Gewobau“  
Gemeinnützige Wohnungsbau-genossenschaft für Berlin u. Vorort e. G. m. b. H. Generalsversammlung 13. Juli 1927, nachm. 5 Uhr, im Lehrervereins-haus (Weißer Saal).

Am 3. Juli verstarb plötzlich unser verehrter Chef, der Lederwarenfabrikant  
**Herr Otto Wunsch**  
in voller Rüstigkeit im Alter von 50 Jahren.  
Wir verlieren in dem Toten einen Arbeitgeber, der sich in unserer lang-jährigen Zusammenarbeit unsere Achtung erworben hatte.  
Tief erschüttert stehen wir dem trau- rigen Ereignis gegenüber.  
**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Karl Wunsch.**

Am 5. Juli erlag den Folgen eines Schlaganfalles der Werkführer, Herr  
**Heinrich Sommer**  
im 67. Lebensjahre. Seit dem Jahre 1882 in meinem Hause tätig, wurde er mir im Laufe der Jahre ein wertvoller, des Vertrauens würdiger Mitarbeiter. Sein Scheiden berührt mich schmerzlich, ich werde des treuen Mannes stets gedenken.  
Carl Heckert  
Schilderfabrik, S. 42, Prinzenstr. 32  
Die Einksicherung findet statt am Freitag, dem 8. Juli, mittags 12 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg.

**+** **Ihr Bruch** **+**  
wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Federband oder Gummiband tragen. Durch solche Bänder verkrümmen sich das Leiden und kann zur Todesurache werden. (Es entsteht Hochentzündung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Deshalb legt es in Ihrem Interesse, sich meine äußerst bequeme, unverwundliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag und Nacht Tragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleiden selbst gebellt.  
Wertm. H. F. schreibt u. a.: „mein schwerer Leidenbruch ist gebellt. Ich bin wieder in meinem 66. Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch.“  
H. F. schreibt u. a.: „Ich lebe mich genügend, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen. — wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“  
Bandagen von 15.— an. Für Bruch- und Verkrümmende folgendes zu freuchen in: Berlin K 27, Friedrichstraße 94, 1. Etage, jeden Montag von 10.—5, Sonntags von 11.—2 Uhr.  
**R. Ruffing, Spezial-Bandagist**  
Kölln, Donner Straße 249.

**Wo speist man gut u. billig?**  
Nur **Groß-Berlin**  
Alexanderplatz.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Achtung! Betriebsräte Achtung!  
Die Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 13 ist erschienen und kann gegen Bezugspreis der Ergänzungsliste des Betriebsratsobmannes in unserem Bureau, Zimmer 5, oder nach 4 Uhr im Zimmer 4 entgegen-genommen werden.  
**Achtung! Verwaltungsmittglieder!**  
Freitag, den 8. Juli, abends 7 Uhr  
**Sitzung**  
der Mittleren Ortsverwaltung.  
Die Ortsverwaltung.

**Krause-Pianos**  
zur Miete  
W50, Ansbacherstr. 1